



für Schleifer

Bezugspreis: Die „Völkerwacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Hauptexpedition: Künstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Völkerwacht“, Neue Graupenstraße Nr. 3, durch die Immergut-Presse, Zigarrengeschäft Reichelt, Wattwegsstraße 140, sowie durch alle Ausländer zu beziehen. Völkerwacht freibleibend! Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,48 Goldmark, monatlich 1,80 Goldmark. Bei Bezahlung in Sondermark nach dem Kurs am Zahltagstisch

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Dresden 2
Fernsprech-Ausgabstelle: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Contor Postamt Dresden Nr. 5852

Anzeigenpreis: Bezahlmeier für geschäftliche Anzeigen aus Gewerbe
20 Pf. auswärts 40 Pf. Stellungsangebote 4 Pf. Familienanzeigen
Stellengesuche, Beratungs-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 2 Pf.
kleine Anzeigen pro Wort 1 Pf., das siehe Wort 2 Pf. Anzeigen für
die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-
redaktion Schlesische 15 Janitsch in sämtlichen Anzeigekassen abgegeben werden.

Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Am 1. März.

Deutlicher kann der „weck der bisherigen Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes nicht beleuchtet werden als durch den Termin seiner Aufhebung. Die Thüringer Wahlen sind vorbei. Durch zahlreiche Zeitungsverbote, Versammlungsverbote, Gewalttätigkeiten gegen die Arbeiterschaft usw., für die im Rechtsausschuss des Reichstages die Belege in grauhafter Fülle vorliegen, ist die Verfassung des Volkswillens in Thüringen, die Niederlage der dortigen Sozialdemokratie erreicht worden. Jetzt veröffentlicht Generalfeldmarschall Seeadler einen Schreiben an den Reichspräsidenten, daß er seine Aufgabe als Inhaber der Ausnahmewelt als erfüllt betrachte. Er schlägt die Aufhebung des Ausnahmezustandes zu Anfang März vor. Der Reichspräsident hat mit der Reserve, die sein Amt ihm auferlegt, schon vor vielen Wochen zu verstehen gegeben, daß er für die Aufhebung sei. Er hat damals Reichskanzler und Reichsinnenminister angesichts der entgegengesetzten Stellungnahme des Reichswehrministers nicht dafür gewinnen können. Jetzt hat er sofort auf Seeadlers Schreiben reagiert, daß er zum 1. März, also dem frühesten angegebenen Termine, seine Ausnahmeverordnung zurückziehe. Er hat Dankesworte an Seeadler für die Einschätzung seiner Person angefügt, die angesichts der aldeutschen Attentatsversuche gegen den Reichswehrchef verständlich sind. Soweit darin allerdings dem Ausnahmezustand und seiner Handhabung durch die leitenden Militärs ein Verdienst um Ruhe und Ordnung zugewiesen wird, können wir diesen Dankesworten nicht zustimmen. Je aktiver die Reichswehr generalle irgende wo waren, desto besser haben sie erklärt Feinden von Ruhe und Ordnung vorgearbeitet; die Wahlen in Thüringen und Sachsen zeigen das deutlich genug. Die partikularistische Stärkung der extremen Parteien bedeutet keine Unterstützung der Benützungen am die Stabilisierung unserer Währung und Wirtschaft und die Stärkung dieser negativen Kräfte ist in erster Reihe den schweren Rechtsüberschreitungen und Misstrafen der Militärbefehlshaber zu verdanken. Die Sozialdemokratische Partei hat diese Wirkung des Ausnahmezustandes vom ersten Tage seines Bestehens an vorausgesagt. Sie hat die Verhängung nie gebilligt, hat als erste Partei und bei der ersten Gelegenheit die Aufhebung verlangt. Die vier Genossen, die vorher dem Ausnahmezustand als Gegenmaßnahme gegen Kahr zugestimmt haben, und von denen der frühere Reichsinnenminister Söllmann ressortmäßig die schwerste Verantwortung trug, haben ihren Fehler bald erkannt und durch besonders nachdrückliches Eintreten für rasche Aufhebung wiedergutzumachen gesucht. Den „Sündenfall der Republik“ hat gestern in einem ausgezeichneten Vortrage unsere Münchener Genossin Toni Pfüss die Verhängung des Ausnahmezustandes genannt. Nun, der Sündenfall hat auch diesmal wieder gemacht. Diejenigen, die die Generäle bereits ein für allemal am Zügel der Macht

sahen und daher bereits Gewalt gegen sie predigten, haben durch die jetzt endlich erfolgige Wirkung unserer überlegteren Kampfes gegen die Militärdiktatur unrecht behalten.

Auch die Seestätschen Verbote der extremeren Parteien werden mit dem Ausnahmezustande ablaufen. Die im Ausland sichenden kommunistischen Führer können zurückkehren. Sie kommen mit Befehlen von Moskau, bei deren Empfang ihnen selbst kaum sehr wohl gewesen sein dürfte. Ebenso erhalten die „Wölfischem“ wieder volle Betätigungs-freiheit. Beide extremen Richtungen werden unseres Erachtens dadurch nichts gewinnen können, daß sie sich jetzt öffentlich zeigen dürfen und damit auch wieder öffentliche Verantwortung übernehmen müssen. Wir Sozialdemokraten fürchten jedenfalls eine solche Auseinandersetzung mit den Extremen nicht. Sollten sie dieser Auseinandersetzung wieder ausweichen und nochmals zur Gewalt schreiten, so wird nach dem Beginn der wirtschaftlichen Veruhigung ihr Anhang bereits kleiner sein als vor einigen Monaten, wird die Polizei die Sicherung der Ordnung leichter haben als die schwabwaffnete Reichswehr.

Noch freilich sehen wir das Reich durch das Ende der Militärdiktatur allein keineswegs vor schweren Er- schütterungen gesichert. Die Gefahren für die Staats- ordnung haben aber ihre ergiebigste Quelle in der Haltung des Staates selber gegen breite Schichten seiner Bevölkerung: in der neuen Reichssteuerpolitik gegen die Mieter, in den neuen Ansprüchen agrarischer Inter- essentenschichten auf Staatschutz für ihre Bereicherung auf Kosten aller Lebensmittelverbraucher. Ein Reich, das für die Massen seiner arbeitenden Bevölkerung sorgt, braucht keinen militärischen Schutz. Wenn wir Sozial- demokraten gegen die Belastung der Mieter durch die Verordnung der bürgerlichen Reichsregierung, gegen die Schutzzollwünsche der Agrarier kämpfen, so erweisen wir auch der Staatsordnung bessere Dienste als Generäle und ihre Methoden sie leisten können. Wird das deutsche Volk nach dieser neuesten Diktaturperiode irgendwo frei genug sein, das zu beurteilen?

Weimar, 14. Februar. (Eigenet Drahtbericht.) Der neu gewählte Landtag wird am 21. Februar zu seiner ersten Sitzung zusammen treten. Er wird sich nach dem jetzt vorliegenden Ergebnis aus 35 Ordnungsbündlern, 7 Völkischen, 13 Kommunisten und 16 Abgeordneten der Vereinigten sozialdemokratischen Partei zusammen setzen.

General v. Seest wird am Freitag zu einer Truppenbesichtigung in Weimar eintreffen. Am Sonnabend beabsichtigt er, sich nach Jena und Rudolstadt zu begeben und am Abend desselben Tages Weimar zu verlassen. Es ist anzunehmen, daß er mit dem Militärbefehlshaber von Thüringen über den Abbau des Ausnahmestandes verhandeln wird. Es verlautet, daß General Hoffe schon jetzt von seinem Posten als Militärbefehlshaber in Thüringen abberufen werden soll, und beabsichtigt ist, seine bisherigen Vollmachten dem General Reinhardt in Stuttgart zu übertragen.

Der Geldentwertungsausgleich bei Kauf-
spruchnahme von Krebiten hat keine abschließende
Regelung gefunden. Die Bestimmungen geben den Finanz-
ämtern gewisse Rechte, Unterlagen für die Besteuerung einzufor-
ziehen. Hinsichtlich der Besteuerung der Notgeldemissionen wird
der Finanzminister ermächtigt, eine Steuer zu erheben, die 80 %
des Inflationsgewinnes nicht übersteigen darf.

Die Ländere werden ermächtigt, die Mietzinshaltung abweichen von den Vorschriften des Reichsmietengesetzes zu regeln. Jedoch bedarf jede Abweichung der Zustimmung der Reichsregierung. Als Friedensmiete gilt der Goldbetrag des Mietzinses, der für den 1. Juli 1914 vereinbart war. Die Steuer soll so bemessen sein, daß durch die Miete mindestens die Betriebs- und Zustandshangsosten gedeckt werden. Die dem Eigentümer verbleibenden Beträge müssen am 1. April dieses Jahres 30 Prozent der Friedensmiete ausmachen. Weiter sind die Ländere berechtigt, von den Eigentümern unbebauter Grundstüde, die mit einer auf Reichsmarklastenden Hypothek usw. belastet sind oder bis zum 1. Januar 1918 belastet waren, eine Abgabe zu erheben. Die Abgabe darf 2 Prozent um den Aufzertungsbetrag verminderter Goldmarkbeträge der dinglichen Lasten nicht überschreiten. Bei der Bemessung der Steuer soll an den landwirtschaftlichen Besitz Maßlich genommen werden. Von der Abgabe befreit sind das Reich, die Ländere und die Gemeinden. Außerdem sind auf Grund der Urtheile der Belastung und der Höhe der Belastung Ansprüche zulässig. Die erste Zahlung auf die Abgabe darf nicht vor dem 1. November 1925 fällig sein.

Der Geldentwertungsausgleich bei Holzverkauf auf den aus Forsten öffentlicher Körperschaften nicht eine Abgabe vor, die 20 % des Geldwertunterschiedes nicht übersteigen darf, der sich infolge der Zahlungsverzäumung oder der Kreditgewährung zugunsten des Abgabepflichtigen ergeben hat. Die Steuer fällt den öffentlichen Körperschaften anheim, die den Kredit gewährt haben. Von der Abgabe sind die Länder, Gemeinden usw. betroffen. Eine Auswertung von Reichsmarkforderungen und Reichsmarkschulden für Steuern ist zulässig, wenn die Möglichkeit einer Auswertung besteht. Daselbe gilt auch für die in Schuldverschreibungen oder Pfandbriefen liegenden Fordertungen und Schulden, sofern nach dem am 31. Dezember 1923 maßgebenden Bedingungen die Ratenzahlung und die Rückzahlung des Kapitals ausschließlich auf Reichsmark abgestellt ist. Die Bestimmung findet auch auf die Gehaltssteuerveranlagung, aber nur in ganz bestimmten Fällen, Anwendung.

Der Finanzausgleich findet in der Verordnung folgende Regelung: Von der Körperschaftsteuer erhalten die Länder ab 1. Februar 1924 90 Prozent, von der Umsatzsteuer werden den Ländern vom selben Datum ab und den Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden 20 Prozent überwiesen. Die Verteilung ist der Landesgesetzgebung überlassen. Die Kraftfahrzeugsteuer fällt den Ländern in voller Höhe anheim, jedoch gehen 4 Prozent für die Verwaltung der Steuer durch das Reich an die Reichsregierung über. Von dieser Steuer haben die Länder mindestens 50 Prozent zu Zwecken der öffentlichen Wegeunterhaltung zu verwenden. Das Aufkommen an Börsensteuer erhalten die Länder in voller Höhe. Die Anteile der Länder an der Grundsteuer wird durch die Finanzämter geregelt. Die Ausgabe der Wohlfahrtspflege, des Schul- und Bildungswesens und der Polizei, werden den Ländern nach Maßgabe näherer reichsrechtlicher Vorschriften zum selbständigen Regelung und Erfüllung überlassen. Die Länder bestimmen davon weiter, inwieweit die Gemeinden zur Erfüllung dieser Aufgaben herangezogen sind.

Die Verordnung ist nicht als Verbesserung des alten Entwurfs anzusehen. Wir verweisen für heute nur auf die negativen Bestimmungen bei der Erfassung der Inflationsgewinne und der unbestimmen Auslegung bei der Aufwertung und Verteilung der Sparkassenguthaben und der Schuldverpflichtungen aus Lebensversicherungsverträgen. Eingehendere Kritik behalten wir uns vor. Zur politischen Seite des Vorgehens der Regierung haben wir bereits gestern Stellung genommen

Ein optimistischer Sachverständiger.

Der italienische Sachverständige in den Berliner Untersuchungsausschüssen, Professor Florai, erläuterte, daß es Deutschland sehr leicht fallen müsse, Kapital für die Goldnotenbank aufzubringen, so daß die Errichtung der Goldnotenbank in drei Monaten möglich wäre. Über die Räumung des Ruhrgebietes hätten die Sachverständigen einen Vorschlag unterbreitet. Sie hätten sich dahin präzisiert, daß mit ein Reich, das politisch, finanziell, wirtschaftlich und administrativ unangefochten wäre, rechnen könnte. Diese Angewandt würde also innerhalb der Notwendigkeit des status quo ante (Zustandes vor dem Krieg)

Der „Vormärts“ glaubt über den Inhalt des Goldnoten-Gesetzes des erßen Staatsräteauschusses mitteilen zu können, daß die belgische Goldnotenbank neben ihrer Eigenkapitale Währungsbank und als Reparationsbank fungieren soll. Dieser Charakter der Bank kommt in dem Grundsatz durch die Errichtung einer Spezialabstiftung für Reparationszwecke zum Ausdruck. Da die Aufzehrung des Kapitals vor steht, das die Gold- und Devisenbehörde lösche, bedarf man in dem Falle eines Notstandes zu beteiligen, von ihm eine Frist bis Ende des Jahrtausends nachgeliehen werden kann. Diese Goldnotenbank wird ebenso Goldnoten ausgeben, wie die Bank werde auch sie davon im Jahre 1905 den Staatlichen ausgeben. Sie jederzeit einzössen und nur zu dem Betrag aufzuhalten, vom der Umlaufung dieser Goldnoten abgesehen, kann die Bank bis auf 85 Prozent zu verfügen, um eine Sicherung des Staates

Ist die Preiserhöhung für Getreie berechtigt?

Aus Berlin wird uns geschrieben:

In den letzten Tagen haben die Kreise auf den Börsenmarkten noch einen besonderen großen Sprung nach oben gemacht, z. B. die Butterpreise, die sich von 1,6 auf 1,8 Mark für 1 Kiloogramm steigern konnten. Eine vollständige Urtreue ist diese Preiserhöhung nicht vor, da das Angebot vom Innlande und auch aus den ausländischen Butterländern, z. B. aus Dänemark, Schweden und den Niederlanden, äußerst reichlich und ohne Preisauflösung erfolgte. Lediglich Dänemark erhöhte seine Forderung auf 5,75 Kronen pro Kiloogramm. Diese gestrigliche Erhöhung kommt aber mit der deutschen Preisbildung gar nicht in Frage. Entscheidend ist unseres Erachtens bei diesen Preisbewegungen die Abhängigkeit des Handels, auf jeden Fall die Preise herauszuführen. Das Getreie kommt ja an und fügt sich in den übrigen Butterpreisen hinzu. Ausdruck. Nach den Feststellungen der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer nahm die Preisbildung für Butter in der Zeit von 1913 bis zum Februar 1924 folgenden Verlauf:

Erzeugerpreis	kg	1.28 = 100	2.10 = 125
Kleinhandelspreis	kg	1.40 = 100	2.10 = 100

Die Spanne zwischen dem Erzeuger- und Kleinhandelspreis betrug 1913 rund 12 Pfennig, 1924 über 50 Pfennig. Durch die leichte Notierung von 1,80 Mark pro 1 Kiloogramm wird der Verhältnis abermals zu Ungunsten des Konsumenten verändert.

Wenn die Notierungskommissionen in Hamburg, Berlin und Köln trotzdem die Butterpreise auf 1,9 Goldmark festsetzen, handeln sie völlig willkürlich. Bei der Preisfestlegung berief sich z. B. Hamburg darauf, daß Berlin bereits einen Preis von 1,8 Mark notierte, was in Wirklichkeit gar nicht der Fall war. Wenn Hamburg erst den Preis auf 1,9 Mark festgesetzt hätte, nahmen auch Köln und Berlin die Erhöhung vor, eben weil Hamburg die Butter mit 1,8 Mark notierte. Der Standort veranlaßte die Vertreter der Preisprüfungskommissionen, sich nicht mehr weiter an den Notierungen zu beteiligen, weil sie tatsächlich gar keinen Einfluß auf die Notierungskommissionen haben. Es erfordert also unbedingt notwendig, daß der Erzeugungsmarkt die Notierungen vereinheitlicht und durch eine Notierungscommission, in der die Preisprüfungskommission auszuschlagendes Mitwirkungsvorrecht hat, einen gültigen Preisregulator für ganz Deutschland schafft. Diese Maßnahme wäre für das erste ein Mittel, den Schwierigkeiten auf den Großmärkten ein Ende zu machen.

Dasselbe darf nicht verkannt werden, daß die Vorgänge auf dem Buttermarkt im Zusammenhang mit der allgemeinen Preissteigerung für landwirtschaftliche Produkte stehen. Sie kommt besonders in den Notierungen der Berliner Produktionszone zum Ausdruck. Es wurden notiert:

Wochen	Rogen	
2. Februar	147—150	127—129
4. *	150—155	129—133
14.	158—162	128—134

Der Vorstoß der Landwirtschaft kommt nach Regelung der Kultkredite doppelt überraschend. Ihm muß Inhalt geboten werden, weil die sich bemerkbar machende Tendenz in der Preisbildung nicht im Einstieg mit den in Deutschland üblichen Kosten steht und deshalb die eben erreichte Stabilität wirtschaftlicher Güter aufrecht erhalten muß. Soziale Beobachtung verdient auch die Preisbildung im Schmalz- und Speckhandel. Auf beiden Märkten zeigen die Kreise in den letzten Tagen beträchtlich an. Die Händler erklären die Bewegung durch die erhöhten Verträge in Berlin und Hamburg und die geringen amerikanischen Zufuhren. Da sich aber das Preisangebot von Amerika kaum verändert hat, erscheint die Argumentation der Händler wenig geeignet, die neue Haushalte zu rechtfertigen.

In Deutschland ist es immer noch teurer als im Ausland.

Das Statistische Amt der Stadt Berlin gab die Dezemberpreise für zehn der wichtigsten Lebensmittel (Brot, Brotzeit, Reis, Kartoffeln, Rindfleisch, Butter, Jäger, Eier, Milch, Käse) in den verschiedensten Ländern gegenüber. Nach der recht interessanten Statistik betrug die Preissteigerung in Prozenten gegenüber 1913 für Berlin 22,1, New York 39,6, Amsterdam 54,8, Belgrad 9,2, Bern 58,8, Kopenhagen 20,7, Riga 14,5, Warschau 6,9, Wien 10 und für London 68,7 Prozent. Der Freistaat Danzig und Polen sind in der gleichen Lage, Preise zu haben, die unter dem Friedensstand liegen, und zwar beträgt die Reduzierung für Danzig 14,5 und für Polen 28,7 Prozent. Im übrigen weist die Statistik die bedeutende Preissteigerung für Länder mit Gewaltmaut nach, während in Ländern mit schlechter Sozialpolitik dem Friedensstand näher. Am eindrücklichsten war die Tendenz der Preisbildung in Deutschland. Im Dezember 1923 hatte Deutschland noch mit einer Übersteuerung von rund 82 Prozent gegenüber dem Friedensstand zu rechnen. Durch Einführung des Rentenmarkt, des Kampf gegen die hohen Straffozölle und die Profiteaten konnte die Preissteigerung am 4. Februar nur 38,4 Prozent gekennzeichnet werden, sodass die Preissteigerung, rein zahlenmäßig betrachtet, ungefähr der in Amerika entspricht.

Der Schwärmer von Bazancourt.

Der Otto Thielemann.

48

„Ich am Werk angestellt werden sollte, entdeckte Schmidt, daß sein Gemüthe verschwunden war. Die drei Freunde waren überrascht. Das Brot und Zwieback lehnten, was sehr häufig, auch Schnitzel und Süßigkeiten oft, aber gewisse Konfitüren schmeckten. Das auf dem Marktplatze stehen, die hätte niemand fortgenommen. Es war ganz unerträglich. Alles Sorgen half nichts. Die „Knaute“ blieb verschwunden.“

Schmidt legte zu Schmidt: „Sie müssen doch noch wissen, ob nach der letzten Leitung Ihr Gemüthe auch wieder mit ...“ „„Fersenal“, wurde er schnell unterdrückt, „da bin platt wie ne Bombe. Ich hab’ es mitgebracht. Der Broat kann die Pioniere jellau, aber die Knaute? Ne, ne, der ist ja einfach nix.“

„Ne, Schmidt, sag’ die ‘ne andere aus dem Stoff herunter, wo die Knaute liegen, da ist jetzt niemand“, forderte Glauber heimlich auf.

„Sag’ man nur, ich komme nach. Ich werde mir schon was holen.“

Sie nahmen die Tornister auf, hingen die Westentaschen um und gingen zum Amelotikum.

Best hatten bei der dort Quatiergeschäfts auf die preisreiche und nicht ungünstige Art „bezogen“, sogar zwei kleine Bäckereien „Schnecke“ und „Käse“ Brot, um da man nach dem Maximalverboten keine Brotzeit in der Speiseraumkantine kaufen, nicht mehr zu tun.

Besteigung und mit Gehen und Werken kann auf dem Marktgelände vorgenommen, eins und zwei Schritte nicht hinter ihm war. Er fragt nach, kommt einen Bäckerin.

Bäckerin: „Herr Bäckerin,“ Schmidt, Sie fallen auf! Ein Schwärmer ist doch kein Gemüthe.“

„Wie sonst, die Knaute, ich weiß, daß es nicht. Ich kann doch nichts bauen, bei Bäckerin Bäckerin haben.“

„Wir, die zwei Schwörerinnen des Bäckerin, wir in Bazancourt waren wir eben nicht hierbei. Sie fallen blind sehr zurück. Sie können nicht so sehr nach der Knaute. Sie sind auf dem Markt.“

Der langsame Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Noch immer sind im Reichsgebiet annähernd 4 Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter vorhanden, obwohl der Arbeitsmarkt im Januar eine mögliche Besserung zeigte. Im unvorsichtigen Gedächtnis ist die Zahl der unterstütteten Erwerbstätigen vom 31. Dezember bis zum 31. Januar von 1.881.000 auf 1.429.000 zurückgegangen, die Zahl der unterstütteten Kurzarbeiter von 843.000 auf 401.000, die Zahl der Ansiedlungsspenden (unterstüttungsbedürftige Angehörige Volksarbeiter) von 1.658.000 auf 1.578.000. Zu beachten bleibt, daß noch den bestehenden Bestimmungen ein wesentlicher Teil der Erwerbstätigen Unterstützung nicht erhalten kann. Die Entwicklung zum Besseren wird aber bestätigt durch die Statistik des Nachberichts der Arbeitnehmer, die für Dezember vorjähriges Jahres 22,5 Arbeitslose und 14,8 Kurzarbeiter für Januar aber 20,5 Arbeitslose und 14,8 Kurzarbeiter auf das Hundert der erfahrenen Mitglieder aufwies.

Im bestreiten Gebiet betrifft die Zahl der Erwerbstätigen und Kurzarbeiter noch weit über eine Million. Angenommen ist die Lage besonders in der Wirtschaft. Auch im übrigen kommt der Arbeitsmarkt der kleinen Gebiete, die fast eine Arbeitslosigkeit kaum kannte, mit zögerndem Wege in Gang, insbesondere infolge der beständigen Eisenbahnerverhandlungen. Im Osten des Reiches steht das anhaltende Fristvertritt einer Besserung des Arbeitsmarktes entschieden die Landwirtschaft und Göring, Bauhandwerk und Stahlindustrie weitgehend beeinträchtigt. Soweit die Industrie eine Besserung zeigt, ist der günstige Einfluß der beruhigten Währungsverhältnisse unverkennbar.

Rahms Gesetzentwurf für unbezahlte Arbeit.

München, 14. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Durch die amtliche Pressestelle der Staatsregierung gibt das Generalstaatskommissariat jetzt der Öffentlichkeit Kenntnis von dem Gesetzentwurf über die Einführung der staatlichen Arbeitspflicht in Bayern, der bereits den beteiligten Ministerien zur Würdigung unterbreitet worden ist. Als Dauer der Arbeitspflicht ist für Männer die Zeit vom 20. bis 30. und für Frauen die Zeit vom 18. bis 25. Lebensjahr, als Dauer des Arbeitseinsatzes für Männer ein Jahr und für Frauen ein halbes Jahr vorgesehen. Die regelmäßige berufliche Ausbildung darf durch den Arbeitseinsatz keine Unterbrechung erfahren. Wer ganz oder überwiegend den Unterhalt bestimmter Angehörigen zu bestreiten hat, ist von der Arbeitspflicht zu befreien. Der Vollzug des Gesetzes soll ohne Schaffung von Behörden durch die innere Verwaltung erfolgen. Also Gratisarbeit unter Leitung der betrieblichen Polizei, weil die Arbeitsgelegenheit in Deutschland ja so reichlich ist!

Man geht wohl kaum fehl in der Annahme, daß dieser Gesetzentwurf des Herrn v. Raabe zufrieden in die erste Zeit keiner Zustimmung als Generalstaatskommissariat, wo er in einem Anfall gewissnahmigen Schwärmereiens auf diktorialen Weise und nach der Methode des Dr. Eisnerart ganz Deutschland gesund machen wollte. Diese Blütenträume sind längst verflohen. Heute, wo der Fall Raabe selbst in den mecklenburgischen Kreisen nur mehr als Eskalde angesehen wird, kann man diesen Gesetzentwurf nur im besten Falle noch als das Schwanenhaut des Herrn v. Raabe ansiehen, mit dem er verlorene Sympathien in der Bevölkerung zurückgewonnen hofft. Letzteres geht auch deutlich aus dem Schlußsatz der amtlichen Verlautbarung hervor, der wie folgt lautet: „Aus zugleichem Aufrichtigen an den Generalstaatskommissariat geht hervor, daß die Einführung der Arbeitspflicht bei der Sicherstellung der notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Erfordernisse in allen Kreisen der Bevölkerung Zustimmung finden wird.“ Das dürfte aber im günstigsten Falle eine grobe Selbstläufung sein und deshalb denkt auch in der jetzigen bayrischen Regierung niemand an eine Verwirklichung der Raabischen Idee.

Sollen Bilanzen nur noch von Banken und Versicherungsgesellschaften vorgelegt werden?

Der Reichstag stimmte am Donnerstag einer Verordnung zu, die unter anderem die Pflicht zur Veröffentlichung von Bilanzen und Gewinnen bzw. Verlusten auf Aktien im Wertgegenstättigen und Kommanditgesellschaften auf Aktien im bisherigen Umfang auf solche Gesellschaften beschränkt, die Bank- oder Versicherungsgesellschaften betreiben. Durch diesen Beschuß ist unterer Ansicht nach der Gesetzlichkeit sehr wenig geblieben. Unsere Gewerbegeellschaften gehen bekanntlich einer eingehenden und klaren Darlegung ihrer Geschäftsführung möglichst weit aus dem Wege und ihre Veröffentlichungen sind alles andere als eine genaue Darlegung des Geschäftsganges. Für die Beurteilung der Geschäftslage hat sich die mangelsaurige Publizität als großer Hindernis erwiesen. Der Beschuß des Reichsrats ist nur geeignet, das Ubel zu vergrößern.

Für den Preisabbau im besetzten Gebiet.

Bremen, 14. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die erheblichen Preisdifferenzen zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet haben jetzt dazu geführt, daß der preußische Handelsminister die Bildung einer Großhandelsnotierungskommission mit dem Sitz in Dortmund verfügt hat.

Die Erhöhung der Eisenbahn-Personentarife.

Nur in der dritten und vierten Klasse!

Die Reichsbahndirektion schreibt uns:

Die gegenwärtig geltenden Fahrgeldentwickeltarife für die dritte und vierte Wagenklasse sind, wenn von dem zur Bedeutung der Verkehrsteuer eingeschlossenen Zuschlag von 10 Prozent abgesehen wird, den Friedenstarif vollkommen gleich. Im Frieden betrug der Einheitszuschlag für das Kilometer für die dritte Klasse 2 Pf. und für die dritte Klasse 3 Pf.; die seitherigen Sätze sind 2,2 und 3,3 Pf.

Die Einnahmen des Personenverkehrs decken in den beiden unteren Klassen nicht die Selbstkosten. Durch die höheren Einheitssätze der Polsterklassen kann der Minderbetrag nicht ausgeglichen werden, da der Anteil dieser beiden Wagenklassen an den Gesamteinnahmen des Personenverkehrs nicht erheblich genug ist. Der Minderbetrag muss daher gänzlich durch Höherstellung des Gütertarifes gedeckt werden. Es ist aber auf die Dauer nicht angängig, durch hohe Gütertarife die Wirtschaft zu belasten und den Personenverkehr auf Kosten der Allgemeinheit zu schaden. Während hohe Gütertarife jeden einzelnen Güterverkehr kostet, genügt der Vorteil der unzähligen Personentarife nur der, welcher die Eisenbahn als Reiseverkehr tatsächlich benutzt, und zwar in steigendem Maße, je häufiger er sie benutzt.

Es ist daher bestimmt, mit Wirkung vom 1. März d. Js. den Einheitszuschlag der vierten Klasse auf 3 Pfennige und den der 3. Klasse auf 4,5 Pfennige für das Kilometer (einschließlich Verkehrssteuer) heraufzusetzen. Die Erhöhung beträgt in diesen beiden Klassen 36 Prozent. Die Einheitssätze für die Polsterklassen, die gegenwärtig auf 6,6 und 13,2 Pfennige stehen, übersteigen die Friedenssätze um 16,66 Prozent in der zweiten Klasse und 28,57 Prozent in der ersten Klasse. Von einer weiteren Erhöhung der zweiten Klasse soll daher abgesehen werden (1), der Einheitszuschlag der ersten Klasse soll von 13,2 auf 9,6 Pfennige herabgesetzt (1) werden, um diese Klasse, deren Benutzung in der letzten Zeit sehr stark zurückgegangen ist, wieder mehr dem Verkehr, insbesondere auch dem internationalem Durchgangsverkehr, nutzbar zu machen. (Eine Anpassung an internationale Gewohnheiten, die wir nicht billigen können. Wir waren für Abschaffung der 1. Klasse, Red.) Die Schnellzugszuschläge und die Gepäckzuschläge sollen unverändert bleiben.

Um dem reisenden Publikum angeicht zu einem Ausgleich zu dienen, ist bestimmt, die Gepäckförderzölle mit einer Preiserhöhung von 33 Prozent (gegen 25 Prozent) aufzutun, und Sonntagszölle in größtem Umfang als bisher ausgetragen.

Mögliche Beschlüsse des 15er Ausschusses.

Der Fünfzehnerausschuss des Reichstages stimmte in seiner letzten Sitzung einer Verordnung zu, nach der die auf Rückumung verurteilten Mietter in Gebäuden, die Eigentum des Reichs, eines Landes oder einer Gemeinde sind und demnach nicht der Zwangswirtschaft unterliegen, bei beschleunigter Zuweisung von Erbäckräumen dieselben Mietter wie alle übrigen Mieter genießen sollen. Zur Regelung des sehr weit ausgedehnten Auswandererwesens schlägt die Regierung das Verbot aller gewerbsmäßigen Unternehmungen auf Errichtung und Ausübung von Auskunft und Rat über die Möglichkeiten der Auswanderung vor. Nur Beratungsstellen von Körperschaften oder Vereinigungen, die von den betreffenden Reichsressorts im Bereich mit der Erbäckrundschule nicht akzeptiert sind, sollen der Erbäckrundschule empfohlen werden. Der Auswandererwesens schlägt die Regierung das Verbot aller gewerbsmäßigen Unternehmungen auf Errichtung und Ausübung von Auskunft und Rat über die Möglichkeiten der Auswanderung vor. Nur Beratungsstellen von Körperschaften oder Vereinigungen, die von den betreffenden Reichsressorts im Bereich mit der Erbäckrundschule nicht akzeptiert sind, sollen der Erbäckrundschule empfohlen werden. Der Auswandererwesens schlägt die Regierung das Verbot aller gewerbsmäßigen Unternehmungen auf Errichtung und Ausübung von Auskunft und Rat über die Möglichkeiten der Auswanderung vor. Nur Beratungsstellen von Körperschaften oder Vereinigungen, die von den betreffenden Reichsressorts im Bereich mit der Erbäckrundschule nicht akzeptiert sind, sollen der Erbäckrundschule empfohlen werden. Der Auswandererwesens schlägt die Regierung das Verbot aller gewerbsmäßigen Unternehmungen auf Errichtung und Ausübung von Auskunft und Rat über die Möglichkeiten der Auswanderung vor. Nur Beratungsstellen von Körperschaften oder Vereinigungen, die von den betreffenden Reichsressorts im Bereich mit der Erbäckrundschule nicht akzeptiert sind, sollen der Erbäckrundschule empfohlen werden. Der Auswandererwesens schlägt die Regierung das Verbot aller gewerbsmäßigen Unternehmungen auf Errichtung und Ausübung von Auskunft und Rat über die Möglichkeiten der Auswanderung vor. Nur Beratungsstellen von Körperschaften oder Vereinigungen, die von den betreffenden Reichsressorts im Bereich mit der Erbäckrundschule nicht akzeptiert sind, sollen der Erbäckrundschule empfohlen werden. Der Auswandererwesens schlägt die Regierung das Verbot aller gewerbsmäßigen Unternehmungen auf Errichtung und Ausübung von Auskunft und Rat über die Möglichkeiten der Auswanderung vor. Nur Beratungsstellen von Körperschaften oder Vereinigungen, die von den betreffenden Reichsressorts im Bereich mit der Erbäckrundschule nicht akzeptiert sind, sollen der Erbäckrundschule empfohlen werden. Der Auswandererwesens schlägt die Regierung das Verbot aller gewerbsmäßigen Unternehmungen auf Errichtung und Ausübung von Auskunft und Rat über die Möglichkeiten der Auswanderung vor. Nur Beratungsstellen von Körperschaften oder Vereinigungen, die von den betreffenden Reichsressorts im Bereich mit der Erbäckrundschule nicht akzeptiert sind, sollen der Erbäckrundschule empfohlen werden. Der Auswandererwesens schlägt die Regierung das Verbot aller gewerbsmäßigen Unternehmungen auf Errichtung und Ausübung von Auskunft und Rat über die Möglichkeiten der Auswanderung vor. Nur Beratungsstellen von Körperschaften oder Vereinigungen, die von den betreffenden Reichsressorts im Bereich mit der Erbäckrundschule nicht akzeptiert sind, sollen der Erbäckrundschule empfohlen werden. Der Auswandererwesens schlägt die Regierung das Verbot aller gewerbsmäßigen Unternehmungen auf Errichtung und Ausübung von Auskunft und Rat über die Möglichkeiten der Auswanderung vor. Nur Beratungsstellen von Körperschaften oder Vereinigungen, die von den betreffenden Reichsressorts im Bereich mit der Erbäckrundschule nicht akzeptiert sind, sollen der Erbäckrundschule empfohlen werden. Der Auswandererwesens schlägt die Regierung das Verbot aller gewerbsmäßigen Unternehmungen auf Errichtung und Ausübung von Auskunft und Rat über die Möglichkeiten der Auswanderung vor. Nur Beratungsstellen von Körperschaften oder Vereinigungen, die von den betreffenden Reichsressorts im Bereich mit der Erbäckrundschule nicht akzeptiert sind, sollen der Erbäckrundschule empfohlen werden. Der Auswandererwesens schlägt die Regierung das Verbot aller gewerbsmäßigen Unternehmungen auf Errichtung und Ausübung von Auskunft und Rat über die Möglichkeiten der Auswanderung vor. Nur Beratungsstellen von Körperschaften oder Vereinigungen, die von den betreffenden Reichsressorts im Bereich mit der Erbäckrundschule nicht akzeptiert sind, sollen der Erbäckrundschule empfohlen werden. Der Auswandererwesens schlägt die Regierung das Verbot aller gewerbsmäßigen Unternehmungen auf Errichtung und Ausübung von Auskunft und Rat über die Möglichkeiten der Auswanderung vor. Nur Beratungsstellen von Körperschaften oder Vereinigungen, die von den betreffenden Reichsressorts im Bereich mit der Erbäckrundschule nicht akzeptiert sind, sollen der Erbäckrundschule empfohlen werden. Der Auswandererwesens schlägt die Regierung das Verbot aller gewerbsmäßigen Unternehmungen auf Errichtung und Ausübung von Auskunft und Rat über die Möglichkeiten der Auswanderung vor. Nur Beratungsstellen von Körperschaften oder Vereinigungen, die von den betreffenden Reichsressorts im Bereich mit der Erbäckrundschule nicht akzeptiert sind, sollen der Erbäckrundschule empfohlen werden. Der Auswandererwesens schlägt die Regierung das Verbot aller gewerbsmäßigen Unternehmungen auf Errichtung und Ausübung von Auskunft und Rat über die Möglichkeiten der Auswanderung vor. Nur Beratungsstellen von Körperschaften oder Vereinigungen, die von den betreffenden Reichsressorts im Bereich mit der Erbäckrundschule nicht akzeptiert sind, sollen der Erbäckrundschule empfohlen werden. Der Auswandererwesens schlägt die Regierung das Verbot aller gewerbsmäßigen Unternehmungen auf Errichtung und Ausübung von Auskunft und Rat über die Möglichkeiten der Auswanderung vor. Nur Beratungsstellen von Körperschaften oder Vereinigungen, die von den betreffenden Reichsressorts im Bereich mit der Erbäckrundschule nicht akzeptiert sind, sollen der Erbäckrundschule empfohlen werden. Der Auswandererwesens schlägt die Regierung das Verbot aller gewerbsmäßigen Unternehmungen auf

Neuer Frankfurter.

Paris, 14. Februar. (Eigener Drahtbericht.) An der Pariser Börse machte der Franc einen neuen Sturz, und zwar füllt den größten seit dem bekannten schwarzen 14. Januar. Im Anfang der Börse notierte das Pfund mit 96,30 und der Dollar mit 22,3 Franc. Am Schluß der Börse zählte man für den Dollar 22,60 und für das Pfund 37,40 Franc. Die Aufregung über diese neue Welle ist allgemein und wird wahrscheinlich die Verhandlungen in der Kammer stark beeinflussen. Welche bemerkten werden in den gestrigen Kammern die Ausführungen des Republikaners Fragnon, der ausführte, nicht nur der Franc müsse in Behandlung genommen werden, sondern auch seine Umgebung. Wäre die Ursache des Frankfurts vorläufig nur in der von der Regierung dargelegten Art zu erklären, dann hätte die Krise schon schwer eingetreten müssen und nicht jetzt, wo das Budget halbwegs in Ordnung sei. Point à la carte stellte die Vertrauensfrage. Welche bedacht und viel erwartet wird das Anwachsen der Opposition: Herrn Poindext wurde das Vertrauen nur noch mit 225 gegen 217 Stimmen ausgesprochen.

Brüssel als Vermittler mit Paris.

Paris, 14. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Brüsseler Korrespondent des "Temps" kündigt an, daß die am Montag überreichte neue deutsche Deutscher über die Herstellung eines modus vivendi (vertraglichen Zustands) im Kubusgebiet den gleichen Gang gehen wird wie die erste. Die belgische Regierung werde die zuständigen Beziehungsbehörden konfusieren und sich nach Eingang ihrer Gutachten mit der französischen Regierung verständigen. Was die Wirkung der Macdonaldschen Rende anlangt, löst der gleiche Korrespondent durchaus, daß, wie gewöhnlich, in Brüssel das Interesse an den englischen Blütenlebhaber ist als in Paris. Man hoffe in Brüssel nicht zu voreilen gegen eine allgemeine Konferenz; ein, doch ist die Aussöhnung vorherrschend, daß zuvor noch zwölf politische Fragen geregelt werden müssen, um eine endgültige Verständigung zu erreichen. Dies würde sich nach belgischer Aussöhnung durch unmittelbare Führungnahme zwischen den verantwortlichen Ministerpräsidenten erreichen lassen.

Polnische Verschwörerbünde.

Dieser Tage wurde der General Maciejewicz, der ehemalige Generalinspektor der polnischen Fliegertruppen, verhaftet und ins Gefängnis geschafft. Die Verhaftung erfolgte, wie der Warschauer Verlegerstaat des Tagesblattes meldet, auf Anordnung des Militärpremiers, der die Untersuchung in Sachen des Geheimbundes P.P.P., der sogenannten Polnischen Patrioten-Woche, führt. Gegen eine Reihe anderer Generale schwebt gleichfalls das Untersuchungsverfahren. Der Kurier Warszawa nennt die Generalmajore Broczynski, Jozefowski und Poltorowicz. Gemeinsam mit Maciejewicz hätten sie den sogenannten ersten Kriegsrat der Patrioten-Woche gebildet und in Maciejewiczs Wohnung ihre Beratungen abgehalten. Die Organisation P.P.P. machte zunächst vor sich reden, als nach der Welle des ersten polnischen Staatspräsidenten Narutowicz Straßenummeln gegen ihn organisiert wurden. Unter der Regierung Witos, die von der hauptsächlich Nationaldemokratie unterstützt wurde, konnte sich die P.P.P. in der Stille entwinden und verwandelte sich in einen Betriebsverein, dessen Zweige über ganz Polen erstreckten und die einen Aufmarsch nach faschistischen Mustern planten. Die Verfolgung der Mitglieder erfuhrte mit reichlichen Zeremonien; einer der Nationaldemokraten angehörende Geistliche öffnete zu diesem Zweck der Patrioten-Woche die Warschauer Kapuzinerkirche, in deren Kreuzgang unter theatralischen Formen der Treidelspiel oblagt wurde. Dieses phantastische Werkwerk ließ nach der Aufführung der Organisation unter der gegenwärtigen Regierung Brodzki ihre Tätigkeit zunächst mehr lächerlich als gefährlich erscheinen. Man fand zwar Pläne für die Durchführung eines Revolutions, für die Belebung militärisch wichtiger Punkte, die Besiegung von Waffenlagern, Einschaltung einer Diktatur usw. Doch schienen die an der Spitze der Organisation stehenden Persönlichkeiten so wenig bedeutend, daß selbst der gegenwärtige Innenminister Soltan, der die Aufführung veranlaßt hatte, im Sein der Angelegenheit mit Nachdruck darstellte, daß die nachgewiesene Teilnahme einer Reihe hoher Militärs an den Umsturzplänen und Putschversuchen der P.P.P. nicht der Sache nunmehr jedoch ein ernstes Gesicht.

Die starke kompromittierte Nationaldemokratie sucht Vergebung zu üben, indem sie ihrerseits verschwörerische Machenschaften der Anhänger Pilsudskis in der Armee nachzuweisen versucht. So sollte angezeigt, der frühere Ministerpräsident und gegenwärtige Generalinspektor der Infanterie, General Storski, einer militärischen Gehirnorganisation „Der Wahlturm“, unbekannt war Storski dann offiziell demontierten sie. Ein Verfahren gegen die dem „Wahlturm“ angehörenden Offiziere hat inzwischen begonnen. Im Geiste forderte die Rechte ferner eine Untersuchung gegen den „Schützenverbund“, die eigentliche Garde der Pilsudskigruppe. Auch der Kriegsminister Sosnowski richtete eine Warnung an diese Schützen (Strzelci). Anzeichen konspirativer Zersetzung in manchen polnischen Heeresteilen sind jedenfalls unverkennbar.

Eine russische Handelsdelegation in Galizien.

Wie aus Lemberg gemeldet wird, ist dort eine aus Mitgliedern der Warschauer Sowjethandelsvertretung zusammengesetzte Delegation eingetroffen, die die wirtschaftliche Lage Galiziens und insbesondere der galizischen Industriezentren im Hinblick auf eine Entwicklung der polnisch-russischen Handelsbeziehungen studieren soll.

Mit der Leitung des polnischen Arbeitsministeriums ist Staatsunterstalter Simon betraut worden. Der bisherige Arbeitsminister Bartomski ist zum ersten Gouverneur der Republik Polen in Moskau nach der Anerkennung ernannt worden.

Lenin als russischer Heiliger.

Lenins Witwe ist in der Presse, alle äußerlichen Ehrenungen des Verstorbenen, wie etwa Denkmalserrichtungen, Erbauung von Denkmälern und dergleichen zu unterlassen. Lenin habe immer einen Widerwillen gegen solche Kennerlichkeit gehabt. Die beste Ehrung des Namens Lenin geschehe durch Gründung wohltätiger Institutionen, Krankenhäuser, Kinderheime, Volksschulen usw. Die Leninschungen jeder Art werden indessen, dem Tagesblatt folge, im Gebiet des Sowjetbundes fortgesetzt. So ist z. B. in Buchara das Siedlungs-Tschardjol in Lenin umbenannt worden, die Stadt Wladimir in Transkaukasien heißt jetzt Leninskaja. Die Kapitäne, die in der Krimkunst planen die Anlage einer großen Leninskaja in einer Reservation, die den Namen „Sjatisch's Kain“ tragen, führen sich usw.

Autosüber.

Die amerikanische Handelskammer für Automobile veröffentlichte vor kurzem Jahren über den Umlauf der amerikanischen Autoproduktion und über die Bedeutung der Automobilindustrie für andere Industriezweige. Es gibt gegenwärtig 17 Millionen Automobile in der Welt, hiervon 16,4 Millionen, die bei 90 Prozent, in den Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben 1923 über 12 Millionen Automobile erzeugt, gegenüber 9.100.000 im Vorjahr. Der Gesamtumlauf des Erzeugung von 1923 beträgt 2.610.865.000 Dollar. Die Automobilindustrie beliefert 2.750.000 Betrieben. Die Zahl der Automobilimporte beträgt 45.000. Sie gibt im Vereinigte

50.911 Garagen, 67.802 Reparaturwerkstätten und 86.988 Niederlagen für Bestandteile. Die Automobilindustrie hat im letzten Jahr 70 Prozent der Gummiware, 30 Prozent der Guilverglasproduktion, 25 Prozent der Aluminium, 14 Prozent der Kupferware, 4 Prozent der Eisen- und Stahlprodukte und nicht weniger als 54 Prozent der Bedarfswerte der Vereinigten Staaten verbraucht.

Vom höheren Schulwesen Preußens 1923.

Der in weitesten Kreisen bekannte Kalender für das höhere Schulwesen Preußens (Kunzes Kalender) ist wieder im 30. Jahrgang erschienen. Aus dem sehr reichen Inhalt dieses Kalenders wünscht nur in der von der Regierung dargelegten Art zu erklären, dann hätte die Krise schon schwer eingetreten müssen und nicht jetzt, wo das Budget halbwegs in Ordnung sei. Point à la carte stellte die Vertrauensfrage. Welche beachtet und viel erwartet wird das Anwachsen der Opposition: Herrn Poindext wurde das Vertrauen nur noch mit 225 gegen 217 Stimmen ausgesprochen.

Es gab am 1. Mai 1923 742 höhere Lehranstalten für die männliche, 310 für die weibliche Jugend in Preußen. An ihnen wurden in 9656 Klassen 287.212 Schüler unterrichtet, an diesen in 1298 Klassen 127.312 Schülerinnen. An den männlichen Anstalten wirkten 702 Direktoren, 267 Oberstudienräte, 921 Studienräte und 2034 wissenschaftliche Hilfskräfte, an den weiblichen Anstalten: 267 Direktoren, 49 Oberstudienräte, 1180 Studienräte und 223 wissenschaftliche Hilfskräfte, außerdem 26 Direktorinnen, 24 Oberstudienrättinnen, 994 Studienrättinnen und 253 wissenschaftliche Hilfskrärtinnen. Der Nachwuchs ist größer als in jedem anderen Berufe; denn am 1. Mai 1923 waren nicht weniger als 4171 Assistenten vorhanden und 547 Referendare, zusammen also 4718. Dagegen sind im letzten Jahre nur 407 Assistenten zur ersten festen Anstellung gelangt, so daß jährlich hier ein Angebot vorliegt, das für 10 bis 12 Jahre ausreicht. Das Durchschnittsalter der extrem Angestellten beläuft sich im letzten Schuljahr (1922/23) auf 38,1 Jahre, an staatlichen Anstalten sogar auf 34,2 Jahre. Fast die Hälfte aller Anwärter entfällt auf die Männer; alte Sprachen, Geschichte und Deutsch. Von den bestangestellten sind im letzten Schuljahr 59 gestorben, 229 pensioniert, 47 anderweitig angeschrieben und 82 durch Abtrennung von Oberstudienräten überzählig geworden, so daß sich der Gesamtabgang auf 467 beläuft. Zergliedert man die 742 höheren Knabenanstalten in ihre einzelnen Schultypen, so zählt man 320 Gymnasien, 14 Progymnasien, 248 Realgymnasien, 45 Realprogymnasien, 131 Oberschulen, 183 Realschulen, 10 Ober- und Aufbauschulen.

Gewerkschaftsbewegung.

Beamtenversammlung.

Eine überfüllte Beamtenversammlung stand am Montag Abend auf Einladung des Präsidialrats des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes im Gewerkschaftshaus statt. Als Referent war der frühere Führer des Deutschen Beamtenbundes, Ministerialrat a. D. H. Falckenberg-Berlin, erschienen. In äußerst laubigen, mit großer Ernst und Überzeugungstreue getragenen Ausführungen verhängte sich der Redner in fast zweistündigem Reiter mit all den für die Beamten in heutiger Zeit wichtigen Fragen. Er bemerkte, daß die Beamtenfamilie auf Grund der Verplätzung solcher Leisten ausgekehrt ist. An der Hand von zahlreichem Material wußt er nach, daß der DBB, alles verübt hat, zu einer Einigung zu kommen. Leider sind alle Bemühungen an dem unverständlichen Verhalten der Führer des DBB gescheitert. Auf den Personalabbau, Beamtenbefreiung, ebenso auch auf die Verlängerung der Dienstzeit der Beamten übergehend, erklärte der Redner, daß dies noch nicht das Ulterschlimmste sei, sondern daß es noch schlimmer kommt. Es muß zur Abwehr einer Einheitsfront mit der übrigen Arbeitnehmerfamilie gebildet werden, will die Beamtenfamilie nicht in den kommenden Kämpfen unterliegen. Man solle nicht immer als Beamter gelten wollen, sondern sich als Arbeitnehmer fühlen, dann mülle es besser werden. Man habe längst erfahren, wie nachteilig getrennte Verhandlungen bei Befriedigungen und Lohnziffern sind. Wenn man heute über den Stichmann der Gruppe III, Gruppe III, bekämpft, dann ist nicht der DBB, der Vater dieses Stichmannes, sondern der DBB, Lang anhaltender Befriedet, der sich wiederholte, dankte dem Referenten für seine Ausführungen.

In der der nur folgenden Aussprache erhielt der Vorsitzende des Provinzialausschusses Schlesien vom DBB, Rector Bloch, das Wort. Er gab zunächst lebhafte Freude darüber Ausdruck, daß ihm Gelegenheit geboten ist, sich ebenso sachlich mit dem Referenten auszusprechen. Auch er betonte, daß es zu einer Einigung kommen müsse, selbst wenn es über die Führer hinweg gelänge. Daß aber dies heute eine Einigung nicht erzielt sei, läge daran, daß der DBB auf vollständig parteipolitisch neutralem Boden steht; während es scheint, daß der DBB, an eine bestimmte politische Richtung gebunden sei. Der DBB, halte an diesem Grundsatz fest, andernfalls würde der DBB mit allen Organisationen, auch der christlichen und dem Gewerkschaftsring, eine Einheitsfront bilden. Er stellte ferner fest, daß eine große Nachfrage aus der RG mit 60.000 Mann ausgetreten und dem DBB angekündigt sei. Ebenso soll es innerhalb der RG, bedenklich treiben. Aus den weiteren Ausführungen war zu erkennen, daß er dem Redner nicht ernst war, eine Verständigung zu suchen. Außerdem führte aus, daß er in den letzten Tagen eine ausfallend große politische Unkenntlichkeit innerhalb der Beamtenfamilie feststellen könne, wie er es bei dem untersten Arbeiter nicht gefunden habe. Alle das mache man die Sozialdemokratie verantwortlich. Die Frage des Abbaues sei keine von heute und gestern gewesen, sondern schon längst habe man darüber wollen. Immer hätten es die Spartenorganisationen abgelehnt. Nachdem aber eine rein bürgerliche Regierung am Ruder sei, kam Schlag auf Schlag auf die Arbeitnehmerfamilie. Am 8. November 1923 habe Hilpert-Spiegelberg in der Berliner Handelskammer den ziellosen Beamtenabbau gefordert. Der Redner sei Vorsitzender des Reichsbeamtenbundes. Am 15. November 1923 sei das Erstellen der Rentenmark von folgenden Bedingungen abhängig gemacht worden: 1. Personalabbau, 2. Veränderung der Lohnziffer bei Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben, 3. Fortfall der Erwerbslosenunterstützung. Augenblicklich erleben wir die Durchführung obiger Maßnahmen. Sachsen, Thüringen, Bayern und Preußen hätten die 8-Stündige Arbeitszeit abgelehnt. Einigkeit müßten alle Arbeitenden gegen jede Verschlechterung förmlich machen. Der Ausstieg der Kaufgewerbe II aus RG sei für die RG kein Verlust, da dies bei den Befreiungsverhandlungen dem Minister gelöst hätte, daß wenn sie eine Stütze hätte kommen könnte, sie jede Arbeitszeit annehmen würde. Die Kaufgewerbe II habe sich selbst gerichtet. Werner sprach vom persönlichen Standpunkt und erklärte, daß auch er ein Ober der Zeit geworden sei. Zwei weitere Redner sprachen im Sinne des Referenten, bestätigten monches vom DBB. Riegel verlangte von dem Referenten, daß die Führer einmal Kontakt mit der Regierung haben sollten. Nachdem noch ein Vertreter vom DBB gesprochen hatte, nahm in seinem langen Schluswort der Referent zu den Ausführungen des Rectors Bloch Stellung. Man könne feststellen, daß bei dem DBB der alte Willen zur Einigung vorhanden ist, was non den Ausführungen des Berichts des DBB nicht gesagt werden kann. Erst später erkannte man zum Schluß der Sitzung mehrheitlich gelähmt. Eine Einheitsfassung wurde eingegriffen, die die Fortsetzung der Einigungsversammlungen zwischen DBB und RDBB fordert.

Der Glaube und die Technik.

Handelshilfsarbeiter kommt münze gemacht zu haben, daß sie ihren Willen dulden können. Auf den wesentlichsten Teil ihrer Forderungen einzugehen, erübrigt sich, denn diese bedeuten nichts anderes, als wir bisher in der Presse gemeldet haben. Es kommt jedoch noch etwas hinzu, was bisher bei keinen Verhandlungen während eines Streiks zutage trat, daß nämlich in diesem gezeigt wird, Maßregelungen dürfen statthaften. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Handelshilfsarbeiter unmöglich zulassen, daß die besten ihrer Kollegen geneckt werden. Obwohl zweifelhaft ist es, aber auch, ob den einzelnen Arbeitgebern, die ein degressives Interesse an der Beendigung des Streiks haben, durch ihre Maßnahmen gezeigt. Das die frühere Behauptung des Herrn Greif, die Wirtschaft könne diese Woche nicht mehr tragen, unrichtig ist, geht daraus hervor, daß die Unternehmer sich den Streik etwas kosten lassen. Besonders wichtig ist die Seite der Technischen Notfälle, indem sie außer der Erhöhung täglich Wurst, wie Brot und Butter bekommt, und zum Abschluß noch mit alkoholischen Getränken trattiert wird. Von zerbrochenen Wagenrahmen, ruinierten Wagen und anderen „Ruhmesstücken“ bei geschwungen. All dies bedeutet ja dem „notleidenden“ Unternehmertum nichts, will es doch, den hungernden Handelshilfsarbeiter eins auswählen. Das aber ein solches Verhältnis nicht von langer Dauer sein kann, wird jedem klarstehend. Menschen bedeckt sein. Wir appellieren deshalb an die breite Öffentlichkeit, uns in diesem Kampf nach Möglichkeit zu unterstützen.

Kauf nicht in den Geschäften des alten Breslauer Konkurrenz!

Kauf nicht bei denjenigen Kaufleuten, die der „Ein- und Verkaufsgenossenschaft Breslauer Kolonialwarenhändler“ angehören sind!

Weitet diejenigen Geschäften, die Spirituosen der Firmen Albert Schäfer, Schmidtmann, Seidel & Co., Karl Mayer und Hugo A. aus! Arbeit! Angestellte! Beamte! Unser Kampf ist euer Kampf! Hebt Solidarität!

Überlange Arbeitszeit im Fleischergewerbe!

Bei der Allgemeinheit Nutzen davon?

Der Zentralverband der Fleischer, Ortsgruppe Breslau, übermittelte uns folgende Zuschrift:

Wir haben bereits vor einigen Wochen an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Verordnung über die Arbeitszeit in den Fleischereibetrieben erheblich überschritten wird. Eine Umfrage in einem Teil derselben hat zu Ende zu Tage gefördert,

Nur 5 Betriebe mit 54 Beschäftigten, wahllos herausgegriffen, müssen in einer Woche 126 Stunden überarbeit leisten. Begegnen, die noch weigern, droht man mit Entlassung. Der Fleischermeister Sotta, Frankfurter Str. 3, B. zwinge seine Gesellen und den Lehrling, nachdem sie nach 12 Stunden Arbeit diese einzustellen wollen, weiter zu arbeiten und verweist darauf, daß die Gesellen bei seinem Verwandten, Fleischermeister Sotta, Westendstraße, bis in die Nacht hinein arbeiten müssen. Fleischermeister Woltomak, Villenstraße, beschäftigte den Gesellen 12 bis 18 Stunden und bedrohte ihn mit Schlägen, als er Widerspruch auf den 12 Stunden Tag machte. Erhebliche Überschreitungen finden statt bei Wehner, Matthiasstraße, Skupin, Matthisstraße, Hauschild, Kantstraße, Görlitz, Neue Schweidnitzer Straße und besonders bei Kuntike, Südfriedhof. Zumal bringen wir nur diese Betriebe hier öffentlich zur Kenntnis der Behörden in der Hoffnung, daß etwas geschieht, damit Gelehr und Recht wieder zur Geltung kommen. Es wird allerdings nicht genügen, wenn man den betreffenden Fleischermeistern die neue Arbeitsordnung auslegt. Jede Rücksichtnahme ist da nicht am Platze.

Das Fleisch- und Wurstpreis durch die lange Arbeitszeit des Personals nicht billiger werden, beweist recht drastisch, daß die Preise bei oben genannten Fleichern eher höher als niedriger sind als in Betrieben mit geregelten Arbeitszeiten. Kann die verlängerte Arbeitszeit überhaupt einen Einfluß darauf ausüben? — Ein Betrieb in der Gartenstraße mit 5 Gesellen hat wochenlang wöchentlich 13–17 Stunden über die zuläufige Zeit gearbeitet. Das Fleisch war zu dieser Zeit nicht billiger als jetzt, wo wieder einigermaßen normal gearbeitet wird. In diesem Betrieb werden wöchentlich circa 80 Zentner Fleisch verarbeitet. Der Gesellenlohn beträgt in der Spize 25 Mark. Um ungefähr 0,4 Pfennig pro Pfund hätte sich also beim höchsten Gesellenlohn das Fleisch verteuert, wenn ein Geselle, um noch nicht 1 Pfennig, wenn zwei Gesellen mehr beschäftigt worden wäre.

Zurzeit erhalten in Breslau noch 85 Gesellen Erwerbslosenunterstützung, die durch die Allgemeinheit in Form von Steuern und Beiträgen aufgebracht werden müssen. Wir behaupten, daß die Erwerbslosen alle sofort Arbeit hätten, wenn der Egoismus der Fleischermeister nicht so groß wäre. Wieviel Not und Elend könnte da bestellt und wieviel Staatsmittel gespart werden? Angesichts dieser Tatsachen ist es zwingende Notwendigkeit auch der Behörden, durchzugehen. Staatsmittel sind zu schützen, aber auch Leben und Gesundheit der Staatsbürger.

Wus aller Welt.

Der „Populaire“ veröffentlicht einen Prospekt, den eine Dresden Firma an die Pariser Devotionalienhändler versendet. Er lautet in deutlicher Übersetzung:

Spezialität für katholische Länder.

Heiligensilber in Radium.

Sie leuchten in der Dunkelheit, und wenn man abends vor ihnen ein Gebet verrichtet, über sie eine sehr große mögliche Wirkung aus.

Die Ausstrahlung der Bilder ist sehr stark.

Sie können gleichzeitig für Buddhas und andere Konfessionen geliefert werden.

Diese Bilder stellen eine sensationelle Erfahrung dar und werden zu Millionen verkauft.

Auch in Europa werden in gleicher Ausführung hergestellt.

Katholiken, Buddhas, Freiwillige werden also jetzt mit solchen ausgestattet, möglichst wundervollen Göttern beliefern. Vielleicht kriegen wir nächstens ein Werk über Radiotheologie.

Bereinstuhler.

Deutsche Bereinstuhlervereinigung.

(Verhandlungen vom 17. bis 21. Februar.)

Sonntag, den 17. Februar, vormittags 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 12, Gletschontreff.

Montag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 10, Gold- und Silberarbeiter.

Montag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 12, Kesselfabrikante.

Ganz Breslau spricht

Über die billigen Preise.

Herrenstiefel schwarz und braun, durchgenäht und Rahmenarbeit

8.00

10.90

14.50

16.50

Damenstiefel schwarz und braun, durchgenäht und Rahmenarbeit

8.90

10.90

14.50

16.50

Damen-Halbschuhe schwarz und braun, durchgenäht und Rahmenarbeit

5.80

7.50

10.00

12.50

Herren-Sport-Stiefel von 14.50 an Unser Schläger: Weiß Leinen von 2.95 an

Schuh-Vertrieb

Kein Laden. Ohlauer Straße 29, I. Kein Laden.

Nähmaschinen

empfahl bei weitausbreiter Zuliefererleitung

Alfred Schlesinger, Schmiedekräfte 29a.

Buchhandlung Volkswacht

Robert's Antiquariat

Breslau 3, N. Grünstr. 5

Nur bis Montag!



Direktion: Ostfilm A.G.

Das gewaltige amerikanische Sensations-Abenteuer:

mit der todesmutigen Marie Walcamp.

I. Teil:

Raubzug der Geler

II. Teil:

Der Brand in der Banditenhöhle

Beide Teile in einem Programm, die anderen Teile folgen anschließend.

Sonntag, nachmittags 1/3 Uhr:
Große Niederschlagung. 5 Frankfurter.
Eintritt 30 Pf.

Der rote Handschuh

Elegante Lackschuhe

billig

für Herren
Lackleder

Handarbeit 18.75
Halbschuhe, Lack 18.—
braun mit grau Wildleder 18.75

für Damen

Lack-Halbschuhe

modernes Wiener Fabrikat 16.50
ebenso in braun Oxblut 16.50

liefert die

Gefa

Tauentzienstraße 6
Gefa-Haus.

Sonnabend, den 16. Februar

Letzter

billiger Tag

Benutzen Sie diese Gelegenheit!

Gebr. Meister

Büro- und Kinder-Bekleidungswaren

Alexanderstraße 40 portiere,
1. Et. Nr. 2. Etagen

Billige Fleischtage!

Paul Webner's Fleisch- u. Wurstfabrik

verkauft stets frische f. Fleisch- und Wurstwaren immer noch unter Tagespreis in den Geschäften Matthiesstraße 104, Ausestraße 46, Fischergasse 2 — am Wachtplatz — und Ritterplatz — Markthalle, Stand Bandys Nr. 162.

Überzeugung macht wahr!

Bitte

bei allen Kaufleuten hier die Interessen unserer Zeitung zu vertheidigen.

Arbeitsmarkt

Tägliche, selbständige

Rockarbeiterinnen,

welche an erstklassige und saubere Arbeit gewöhnt sind, für sofort für unsere Werkstätten im Hause gesucht.

Meldungen 9—11, Hofeingang.

M. Gerstel A.-G.
Schweiditzer Straße 10/11.

Billiger!

Zahnpasta

Kalikloro

40 g ganze Tube 1 halbe Tube
bisher 80 Pf. bisher 50 Pf. 25 Pf.

Jeder kann sich also wieder das behagliche Gefühl der Sauberkeit und Frische durch geregelte Zahnpflege leisten



Ein Sittenbild
der Paramount - Produktion!

10 Akte

Wer kennt sie?

Die geheimnisvolle

Tanzende Maske
der New Yorker Lebewelt!

1842

Ein sinnberauschender Taumel
heimlicher Nachtstätten
der Weltstadt!

Ferner im Riesen-Doppel-Programm:
Henny Porten

in ihrem größten Saison-Erfolg

in der die urwüchsige Darstellungskunst der Porten zur höchsten Entfaltung gelangt, der Roman

Inge Larsen.

Illustrierte Weltgeschichte

LEHR- UND ENTERTAINING-VERLAG

Eine Darstellung der Welt-ereignisse von der Urzeit bis zur Gegenwart, abschließend mit der Konferenz zu Genua.

Herausgegeben von
Dr. Manitius, Dr. Rudel und
Dr. Schwahn.

4 Bände Lexikonformat auf 2250 Seiten mit zahlreichen Abbildungen. Elegant und gediegen in Halbleinen gebunden zusammen nur 37.50 Mk.

Partei- u. Gewerkschaftsmitglieder, sowie Volkswachtleser erhalten dieses Prachtwerk gegen Ausweis und 10 Mark Anzahlung auch auf begrenzte Teilzahlung. (Pünktliche Wochenraten von nur 2 Mk.) Nach auswärts 1. Zone 50 Pf., 2. Zone 1 Mk., 3. Zone 1.50 Mk. Porto und Verpackung.

Illustrierte Weltgeschichte von Dr. Manitius, Dr. Rudel u. Dr. Schwahn zum Preis von 37.50 Mk. in Wochentaten von 2 Mk. (10 Mr. Anzahlung liegen bei).

Name:

Wohnort und Straße:

Wohn

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 15. Februar.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.**Parteigenossinnen und Genossen!**

Die Freunde der Arbeitersklasse mobilisieren! Tag für Tag halten die bürgerlichen Parteien kleinere und größere Versammlungen ab, um die Entwicklung für ihre einseitige Klassenfeindschaft so günstig als möglich zu gestalten. In dieser Zeit ist es Pflicht der Sozialdemokratie, sich in die Kämpferkreise einzustellen. Deshalb muss erwartet werden, dass die

Districtsversammlungen am Montag, den 18. Februar, von allen Parteigenossinnen und Genossen beachtet werden. In jeder Versammlung wird ein Vortrag gehalten werden, ferner sind wichtige Parteilegislaturen zu erledigen. Alles Nähere siehe morgige Bezeichnung der Lokale, Vorträge und Redner, siehe morgige Nummer der "Volkswacht".

Metalldarbeiter! Heute abend 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, 1. Stock, Zimmer 12, wichtige Versammlung unter Vortrag des Genossen Ehrer Gabriele über: "Die Schule der Zukunft". 2. Die Organisation der Wahlen.

Düstern 20. Sonnabend, den 15. Februar, abends 7½ Uhr, bei Hörner, Endersstraße, wichtige Zusammenkunft aller Funktionäre.

Jungsozialist! Die Mittwochveranstaltung findet erst am 23. d. Mts. statt. Sonntag, v. 11 bis 7 Uhr, Historisch-politisches Gedächtnis für Lenin und Willy Bringt Gäste mit.

Achtung, Mieter!

Wie wir erfahren haben, werden sehr viele Mieter von ihrem Vermieter aufgefordert, die Inneneinrichtungen ihrer Wohnungen bis spätestens zum 1. April d. J. vorzuhören zu lassen. Bei Nichtbefolgung dieser Aufforderung ist irgend eine Drohung zum Ausdruck gebracht.

Wir ersuchen, dieser Aufforderung keine Folge zu leisten, da wir im Gegenjahr zu Breslauer Mieterschuh verein gründlich die Ausführung vertreten, dass dem Vermieter die gesetzliche Verpflichtung zur Instandhaltung des Mietraumes, ganz gleich um welche Arbeit es sich handelt, auferlegt werden muss. Keine Instanz darf die Mieterhaft zwingen können. Arbeiten seien ausführen zu lassen, die unter Umständen schon vor Jahren hätten ausgeführt werden müssen.

Wenn darum die Vermieter von Hausschlafstunden trennen, so sollten sie zuerst bei sich selber Einsicht halten; der Sünden dürfte in den meisten Fällen sicher nicht im Lager der Mieter stehen.

Wir weisen jetzt schon darauf hin, dass Ende dieses Monats in allen Distriktsversammlungen einberufen werden, um einheitliche Richtlinien für das Verhalten der Mieterhaft aufzustellen. Nöheres darüber wird noch bekannt gegeben.

In allen Zweifelsfällen wende man sich daher an unsere Zentralauskunftsstelle im Gewerkschaftshaus oder an die benannten Arbeitsaufnahmestellen.

Im Arbeitssekretariat (Gewerkschaftshaus, Zimmer 32) wird auch in allen anderen Rechtsstreitigkeiten Rat und Ratschlag erteilt und es werden dort auch Schriftsätze aller Art kostenlos angeboten.

Als Ausweis dient das Mitgliedebuch einer freien Gewerkschaft oder der Sozialdemokratischen Partei.

Sprechstunden sind jetzt wieder von 8½ bis 1 Uhr vormittags und von 4 bis 7 Uhr nachmittags, Sonnabend nachmittags geschlossen. Mieterschutzabteilung des A.D.G.V.

Wien im Breslauer Haushaltsausschuss.

Am Mittwoch fand im Haushaltsausschuss der Stadtverordnetenversammlung der sozialdemokratische Antrag zur Verhandlung, einen führenden Wiener Kommunalpolitiker nach Wien einzuladen, um ihn vor Magistrat und Stadtverordneten einen Vortrag über die glänzend gelungene Gesundung der Stadt Wien halten zu lassen. Oberbürgermeister Dr. Wagner und Kämmerer Matthies sind inzwischen in Berlin zur Vorstandssitzung des deutschen und des preußischen Städteverbands gewesen, wo die Verhältnisse des St. 1. Wien ebenfalls als einer der wichtigsten Punkte zur Verhandlung standen.

Oberbürgermeister Dr. Wagner ist nach den Berliner Beobachtungen zu dem Ergebnis gekommen, dass man weiter gehen muss, als es in dem sozialdemokratischen Antrag gefordert wurde. In Wien gäbe es tatsächlich so viel zu lernen, dass die Entsendung einer Studienkommission sehr zu empfehlen sei, die sich die in Wien geleistete Arbeit an Ort und Stelle betrachte, um daraus Anwendungsvorschläge für Breslau zu ziehen.

Kämmerer Matthies berichtet hierauf, was er in der

Städtevertretung von den Sachverständigen erfahren hat, die vorher in Wien waren. Die Stabilisierung der Krone ist die Grundlage der Gesundung gewesen. Träger der Gesundung aber ist die starke Sozialdemokratische Partei, die über Kommunalpolitiker höchsten Kalibers verfügt, die mit seltemem Verantwortungsbewusstsein und geistiger Tatkraft das Sanierungsamt durchgeführt haben. (Das sagt jetzt auch der Breslauer Kämmerer! Red. d. B.)

In Wien sieht der bei uns bestehende Parteidienstmarkt, und der Umstand, dass die Sozialdemokraten sowohl in der Stadt Wien wie auch im österreichischen Landtage die starke Mehrheit hatten, erleichterte ihnen ihr Werk. Die Wiener Gemeindepolitik reicht aus durch eine sehr weitreichende Schaffung der zumindesten benötigten Klassen. In den Wiener Volksschulen leben 28 Kinder. Allerdings lässt die Sorge für die höheren Schulen nicht auf der Stadt, sondern auf dem Staate, für die Erwerbslose ist durch Beiträge der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gesorgt. Die Wohnungsmarkt ist niedrig.

Vor dem Krieg stand es schon schlecht um die Wohnungssituation, jetzt aber wird ungeheure viel gebaut und zwar im

Ergebnis und mit einer Opulenz, über die man staunen muss. Man lässt dort viermal soviel Raum als bei uns.

Die weiteren Ausführungen des Kämmerers betrafen die sehr schwierige Wiener Steuerpolitik. Es wurde beschlossen, die Angelegenheit im Ausschuss noch weiter zu verlagern, bis in etwa zehn Tagen die schriftlichen Berichte der Sachverständigen vorliegen und hierauf endgültigen Beschluss zu fassen.

Hilfe von den Künstlern.

Anlässlich der Weltkonferenz „Hunger in Deutschland“ bildete sich ein Arbeitsausschuss „Hilfe von den Künstlern“, der bemüht ist, alle Kreise der Künstlerkraft für den Kampf der I.A.S. gegen den Hunger in Deutschland aufzurufen.

Als praktisches Ergebnis seiner zweimonatlichen Tätigkeit eröffnete er in den nächsten Tagen in Berlin im Bizerhaus Wertheim eine Niederschlagsstätte, Welt über 400 Arbeiten, darunter solche von Prof. Max Liebermann, Prof. H. Sandkuhl, Prof. Dr. Prof. Kosch, Arthur Segal, Prof. Louis Corinth, Kandinsky, Paul Klee, Schlemmer, Feininger, der gesamten Professoren des staatlichen Bauhauses Weimar, Otto Nagel, Heinrich Alde, Prof. Kühne, Hollnis u. a. wurden für einen Betrag zugunsten der I.A.S. Spenden an die Vermögen gestellt.

Auf gleicher Zeit finden eine Reihe künstlerischer Veranstaltungen

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.
Die Not der Erwerbslosen. — Forderung nach Arbeiterwochenkarten.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten gabte Vorsteher Bandmann des verstorbenen Oberbürgermeisters Dr. Bender vor Eintreten in die Versammlung in einem threnenden Nachruf, worin er die Verdienste des Verstorbenen um unsere Stadt hervorhob.

Von der Witwe des Verstorbenen lag ein Schreiben vor, durch das sie den städtischen Körperschaften für die bewiesenen Verdienste so günstig als möglich zu gestalten. In dieser Zeit ist es Pflicht der Sozialdemokratie, sich in die Kämpferkreise einzustellen. Deshalb muss erwartet werden, dass die

Districtsversammlungen am Montag, den 18. Februar, von allen Parteigenossinnen und Genossen beachtet werden. In jeder Versammlung wird ein Vortrag gehalten werden, ferner sind wichtige Parteilegislaturen zu erledigen. Alles Nähere siehe morgige Bezeichnung der Lokale, Vorträge und Redner, siehe morgige Nummer der "Volkswacht".

Metallarbeiter! Heute abend 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, 1. Stock, Zimmer 12, wichtige Versammlung unter Vortrag des Genossen Ehrer Gabriele über: "Die Schule der Zukunft". 2. Die Organisation der Wahlen.

Düstern 20. Sonnabend, den 15. Februar, abends 7½ Uhr, bei Hörner, Endersstraße, wichtige Zusammenkunft aller Funktionäre.

Jungsozialist! Die Mittwochveranstaltung findet erst am

23. d. Mts. statt. Sonntag, v. 11 bis 7 Uhr, Historisch-politisches Gedächtnis für Lenin und Willy Bringt Gäste mit.

Achtung, Mieter!

Wie wir erfahren haben, werden sehr viele Mieter von ihrem Vermieter aufgefordert, die Inneneinrichtungen ihrer Wohnungen bis spätestens zum 1. April d. J. vorzuhören zu lassen. Bei Nichtbefolgung dieser Aufforderung ist irgend eine Drohung zum Ausdruck gebracht.

Wir ersuchen, dieser Aufforderung keine Folge zu leisten, da wir im Gegenjahr zu Breslauer Mieterschuh verein gründlich die Ausführung vertreten, dass dem Vermieter die gesetzliche Verpflichtung zur Instandhaltung des Mietraumes, ganz gleich um welche Arbeit es sich handelt, auferlegt werden muss. Keine Instanz darf die Mieterhaft zwingen können. Arbeiten seien ausführen zu lassen, die unter Umständen schon vor Jahren hätten ausgeführt werden müssen.

Wenn darum die Vermieter von Hausschlafstunden trennen, so sollten sie zuerst bei sich selber Einsicht halten; der Sünden dürfte in den meisten Fällen sicher nicht im Lager der Mieter stehen.

Wir weisen jetzt schon darauf hin, dass Ende dieses Monats in allen Distriktsversammlungen einberufen werden, um einheitliche Richtlinien für das Verhalten der Mieterhaft aufzustellen. Nöheres darüber wird noch bekannt gegeben.

In allen Zweifelsfällen wende man sich daher an unsere Zentralauskunftsstelle im Gewerkschaftshaus oder an die benannten Arbeitsaufnahmestellen.

Im Arbeitssekretariat (Gewerkschaftshaus, Zimmer 32) wird auch in allen anderen Rechtsstreitigkeiten Rat und Ratschlag erteilt und es werden dort auch Schriftsätze aller Art kostenlos angeboten.

Als Ausweis dient das Mitgliedebuch einer freien Gewerkschaft oder der Sozialdemokratischen Partei.

Sprechstunden sind jetzt wieder von 8½ bis 1 Uhr vormittags und von 4 bis 7 Uhr nachmittags, Sonnabend nachmittags geschlossen. Mieterschutzabteilung des A.D.G.V.

Heute abend 7½ Uhr spricht im Gewerkschaftshaus, großer Saal, eine der besten Rednerinnen des Reichstages, die Genossin

Toni Pfuif aus München

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

statt, für die u. a. Eugen Klöpfer, Gertrud Eysold, Ernst Deutsch, Wilhelm Dieterle, Prof. Adolf Busch, Max von Schillings, Intendant Ziegler zugesagt haben.

Wie in Berlin und anderen Städten des Reiches hat sich auch in Breslau ein Arbeitsausschuss „Hilfe von den Künstlern“ gebildet. Sein Vorstand einer Ausstellung unterstützte bisher durch Arbeiten u. a. Prof. von Hören, Robert Beißner, Prof. von Arderius, Heinrich Thüller, H. Simbeck, Georg Meissl, Friedrich Rückert, Thomas Mytil, Thodor Aschheim, Martin Netter, Vorstand des Wirtschaftsausschusses bildender Künstler, Paul Kühl, Wilhelm Schmid-Böckel, Paul Dobers, Harry Wilson, Roger, Komowski, Kurt Ahrend, Hans Leistikow. Für Autorenabende und künstlerische Veranstaltungen gehörten bisher und stellen sich zur Verfügung: Max Necham, Karl Reit, Bezirksmann Deutscher Bühnenangehöriger, Dr. Jek, Erich Dunstius, Arthur Wiesner, Rud. Renfer, Hans Münnich, Berlin, Postsekretär-Berlin, Max Bartel, Richard Becker, R. Hausmann, A. Auf, Mynona.

Alle Künstler, die sich an der Hilfe gegen den Hunger in Deutschland beteiligen können, bitten wir, ihre Arbeiten und Zusagen bis Montag, den 18. Februar (statisch von 11 bis 1 Uhr), Margaretenstraße 17 (Neubau), 4. Stock, Zimmer 137, abzugeben (Telephonat unter Ohle 7089).

Zweites Breslauer Sechstage-Rennen.

In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag war das Interesse der Zuschauer ein sehr lebhaftes. Prämiens gab es in Hülle und Fülle. Und was wurde alles von „Sportfreunden“ gestiftet. Seidene Strümpfe, Strümpfe, Strümpfen, Socken, Krawatten, Käppi, Baumwollkissen, braune und schwarze Schuhe usw. Das Tempo der Fahrer ließ aber bedeutend nach. In der zweiten Stunde sind 202,82 Kilometer zurückgelegt. Bei der zweiten Wertung um 2 Uhr nachts haben insgesamt Punkte die Farre-Käppen-Häfen 19, Stadt-Galle 17, Lorenz-Kugel 16, Hahn-Tiech 15, Hunde-Kohl 12, Oliver-Tonant und Schmid-Thomas 10, Rosellen-Schreifeld 8, Sturm-Bleckenholz 4 Punkte. Nach der zweiten Wertung gibt es wieder Prämiens der veränderten Art. Über die Spende freudigst läuft, je früher bei Morgen kommt, bedeutend nach und lässt eine leise Erinnerung, dass es keine Wettbewerb ist. Aber ebenso läuft das Tempo nun, und in der 9. Stunde sind 340,32 Kilometer in der 14. Stunde 411 Kilometer zurückgelegt. Das war mittags 12 Uhr. In den Tage-

erfordern würde, die Übernahme der Gräblicher Bahnhof mache Kabelumlegungen (100 000 Mark) und eine neue Kurve für die Strecke nach Lübars (40 000 Mark) notwendig, auch die Kurve an der Lassentenstraße/Oehlauer Straße muss endlich ausgebaut werden, wofür 20 000 Mark einzuzahlen seien. Dazu kommt, dass die Stadt weitere Zuschüsse fordere in Form einer Plakettrente. Angeschlossenes hierzu stellt er, mit solchen Anträgen, die die Übergabe der verschiedenen herunterdrücken, zu wollen, bis man über den kritischen Termin des 1. April herumgekommen sei.

Während man über diese jährlichen Darlehen auch sachlich hätte diskutieren können, war Oberbürgermeister Dr. Wagner über dem Antrag ganz nervös geworden. Er befürchtete, dass der Gefindungsprozess der Straßenbahn durch ihn unterbunden werde, und sprach davon, dass es populär sei, solchen Antrag zu stellen.

Was der Oberbürgermeister genau wörtlich gesagt hat, wird sich nur aus dem Stenogramm herauslesen lassen. Seine Stellungnahme kam so unerwartet, dass der genaue Wortlaut kaum von jemandem festgestellt werden ist. Stadtverordneter Gregor (Soz.) aber hatte die berechtigte Empfindung, als habe der Oberbürgermeister unserer Partei Popularitätsschärfere vorwerfen wollen. Einigen holden Vorwurf variierte er damit, dass wohl nur der Oberbürgermeister vor der Wahl die bisher getragene Maske abwarf, und sich weiter nach rechts orientierte wolle.

Zum weiteren Verlauf der Ausprache erklärte der Oberbürgermeister, er habe nur sagen wollen, der Antrag sei populär, aber nicht wirtschaftlich. Es sei bisher mit der Stadtverordneten-Vergabe gut ausgeschlagen, und wünsche, dass es auch weiterhin so bleibt, was Stadtverordneter Gregor dann mit beantwortete, dass auch unsere Partei das Verdienst für sich in Anspruch nehmen könne, durch sachliche Arbeit eine gute Auskommen zu ermöglichen.

Dann war der Boden der sachlichen Beratung wieder erreicht. Die Stadtverordneten Schade (Ztr.) und Dr. Hanke (Dem.) waren im Grunde mit dem Antrag einverstanden.

Der sozialdemokratische Antrag und mit ihm ein Zusatzantrag Park (Ztr.), den Beamten die gleiche Vergünstigung zu gewähren, wurde hierauf ebenfalls den Ausschüssen II und VIII überwiesen.

Ohne Ausprache wurden folgende Votlagen angenommen: Fortführung der Beamteneinführung durch lebensweise Überlassung von 20 000 Rentenmark sowie der Sicherungskasse der Beamten der Stadtgemeinde durch ein zinsloses Darlehen von 1000 Mark; Aenderung der Grundfläche über die Mitwirkung des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung beim Aufbau von Bauträgen dahin, dass die Wertgrenze für den Aufbau von Miet- und Kaufverträgen durch den Magistrat auf 3000 Goldmark erweitert wird; Bereitstellung von 226 000 Mark für Aufgaben des Wohnungswesens; Instandhaltung des Frauenbades an der Burgstr. und des Knabenbades in der Ohle; Errichtung einer Sporthalle am Kinderspielplatz am Berliner Platz als Kostensägerraum für das Brauhaus II; Errichtung der Vergütung für die Vorstehenden und Brillen des Mieteinzugsamtes; Errichtung einer Zweigstelle des Bürgerrohdachs im Altersheimshof; Bereitstellung von 50 000 Goldmark zur Ausführung von Notstandsarbeiten; Beschaffung von Bänken und Beleuchtungsstühlen für das Claassen'sche Siechenhaus; Übernahme der Verwaltung der Gewerbesteuern durch die Stadtgemeinde.

Zu die Ausprache vermischten wurden folgende Votlagen: Festsetzung des Bausatzes für die Wüstewiese im Schweidnitzer Kell; Vergleich mit dem Fabrikbesitzer Ruth betreffend Auflösung des Grundstückes Werderstraße 3c/d; Aenderung in der Bevölkerungsordnung der Beamten; Erhöhung der Preise der Bäder in den Städtischen Brausebädern; Abkommen in der Oberglockenlegungsstätte von Pöpelwitz-Gosel.

Rechtsurteile genommen wurde von der Abstandnahme der Erhöhung erhöhte Gemeindeabgaben zur Förderung des Wohnungsbauwesens sowie von der Herabsetzung der Freigasmenge.

Schluss der Sitzung nach 1½ Uhr.

mittagsstunden hob sich das Tempo wieder. Die Nachmittagswertung brachte erst wieder ein flotteres Tempo. Sie ergab folgendes Resultat: 1. Kaiser-Hansley 38 Punkte, 2. Lorenz-Kugel 28 Punkte, 3. Oliver-Tonant 20 Punkte, 4. Hahn-Tiech 19 Punkte, 5. Stadt-Galle 17 Punkte, 6. Hundekohl 15 Punkte, 7. Rosellen-Schreifeld 11 Punkte, 8. Thomas-Behrend 10 Punkte, 9. Sturm-Bleckenholz 7 Punkte, 10. Stoltz-Kutschlow 4 Punkte, 11. Martin-Kaletta 1 Punkt. Nach dieser Wertung wurde das Tempo wieder ruhiger. Um 10 Uhr abends folgte eine neue Wertung, die folgende Gesamtergebnisse zeitigte: 1. Kaiser-Hansley 41 Punkte, 2. Lorenz-Kugel 41 Punkte, 3. Oliver-Tonant 31 Punkte, 4. Hahn-Tiech 25 Punkte. Es folgen: Stadt-Galle 22, Hunde-Kohl 21, Rosellen-Schreifeld 19, Thomas-Behrend 10, Sturm-Bleckenholz 10, Stoltz-Kutschlow 4 Punkte, Martin-Kaletta 1 Punkt. Ohne Punkte sind: Schubert-Rödlig, Orth-Paul, Meyer-Pohl. Die bis dahin zurückgelegte Kilometerzahl beträgt 759.900. — Der Bezug des Kennens war am Tage sehr minimal, hob sich in den Abendstunden etwas, blieb aber trotzdem schwach.

* Druckschriftherstellung. In dem gestrigen Artikel „Wochenschau“ muss es heißen: „3 Paar Wiener Würstchen 1914 25 Pfennige“, stattdessen „25 Pfennige“, wie der Druckschrifthersteller sagt.

* Amtlicher Wetterbericht. Die Störungen sind bis nach Ungarn vorgedrungen und verursachen im Verein mit alten noch im Osten liegenden Störungen verbreitete Schneefälle. Die kalte Luft beherrschte bei uns am Boden weiter die Lage. Freitag: Wetter klar meist neblig-trüb, vereinzelt noch leichte Schneefälle. Mäßiger Frost bei nördlichem bis östlichem Winde.

Arbeiter-Sport

Fußball.

Wader I — **Sturm I** 5 : 3. Bei sehr glatten Bodenverhältnissen standen sich auf dem Tempelhofer Platz obige Vereine gegenüber. Wader hat nur 10 Mann zur Stelle. Sturm hat den Anfang und kommt gut vor, findet aber in der Widerverteidigung ein unüberwindliches Hindernis. In der 10. Minute kam Untersucher von Wader, durch lautes Schreien, den ersten Erfolg buchen. Sturm besiegt sich jetzt und die Angstlosen werden gefährlicher. Bald darauf gelingt es ihnen, bei einem Stoß einen leicht abgewehrten Ball des Tormanns zu verwandeln. Wader verhindert sich und wird bedeutend schneller; nur auf der rechten Seite scheint es nicht zu klappen. Bei einem Stoß vor dem Mauerloch schlägt der rechte Verteidiger den Ball ins eigene Tor. Wader nimmt hier gewaltig zusammen, kann aber die Halbzeit nichts Jährlandes erzielen. Mit 2 : 1 gehts in die Pause. Nach Seitenwechsel macht sich eine kleine Schwäche bei Sturm bemerkbar, die Wader gefolgt auswirkt und nach kurzer Zeit das Resultat durch rechten und linken Völker auf 3 : 2 h. II. Gleich nach Eintritt ist Wader wieder dran der Zug. Es gelingt ihnen, in kurzen Abständen 2 Treffer zu erzielen und so das Resultat auf 5 : 3 zu stellen. Der Schiedsrichter war dem Spiele ein ruhiger und umsichtiger Leiter. Vorher trafen sich die zu zehn Mannschaften obiger Vereine. Auch hier liegt Wader mit 3 : 1.

Serienspiels am Sonntag, den 24. Februar.

Sonderklasse, I. und II. Mannschaften:

23. Sturm I	—	Sturm I	Schmiedefeld	Winkel, Wader
23. Sturm II	—	Sturm II	Großbeuel	Scholz, V. L.
23. Silesia I	—	Silesia I	Verdeutel	Leitner, Scholz
23. Silesia II	—	Silesia II	Verdeutel	Köbel, Dr. Spitz
23. Sparta I	—	1922 I	Gaudau	Schal, Stern
23. Sparta II	—	1922 I	Kriesten	Reitsch, Sturm
23. Süd I	—	S. f. S. I	Giebenpark	Nütsch, Stern
23. Süd II	—	S. f. S. II	Giebenpark	Nütsch, Stern
23. Strel I	—	West I	Pries	Bell, 1922
23. Strel II	—	West II	Pries	Budo II, Vorwärts

A. Klasse, I. und II. Mannschaften:

23. Wader I	—	Falke I	Gaudau	Mende, V. L.
23. Falke II	—	Wader II	Kleutsch	Kilmbel, West
23. Ohlau I	—	Wade I	Ohlau	Schäfer, 1922
23. Ohlau II	—	Wade II	Ohlau	Schäfer, 1922
23. Union I	—	Sparte I	Deutsch-Ehna	Reumann, Fröhle
23. Union II	—	Sparte II	Deutsch-Ehna	Reumann, Fröhle
23. Oswig I	—	V. f. S. I	Löwitz	Reich, Union

Beziehungsbericht. Montag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, bei Tivoli Hauptspielstätte.

Schiedsrichtervereinigung. Täglich Schiedsrichter-Vollversammlung ebenfalls Montag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, im Hotel Tivoli.

Berichterstattung. Der plaudernde Verein hat für einen Spielbericht zu sorgen und Montag Abend bei Tivoli abzugeben. Der Hauptspielstätte Arbeiters-Sportverein "Stern" e. V. Am 17. Februar, vom 8 : 30 Uhr, findet im Vereinslokal die ordentliche General-Versammlung statt. Röntgenhein wird bestimmt.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 14. Kreis, 1. Bezirk, Sonntag, den 17. Februar, vom 9 Uhr, Hotel der 4. ordentliche Bezirksstag in Breslau, Gemeindesaal, 1. — Tagessordnung: 1. Berichte, 2. Organisationsfragen, 3. Anträge, 4. Wallen, 5. Arbeitsspiel 1924, 6. Beschiedenes. — Die Vereine werden erlaubt, Delegierte zu entsenden und mit Mandaten zu versehen. — Die Festesabzeichen sind sofort an den Bund, Kreis und Bezirk zu senden, und die Bandeslehrbücher zu zahlen. — Die Beitragsabrechnungsfeststellung findet Sonnabend, den 16. Februar, abends 7 Uhr, beim Turngenossen Tschöp, Orlowstrasse 1, statt.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 1. und 4. Männer zum 2. Turnfestversammlung. Für Sonntag, den 17. Februar, vom 9 : 30 Uhr, auf die gekürmten Feststellungen der 1. und 4. Männer zum 2. Turnfestversammlung, sowie die Vereinsversammlung zu einer Ausprache ins Gemeindesaal, Zimmer 5, zu kommen. Thema: 1. Wie bringen wir den Verein vorwärts? 2. Winter sportangelegenheiten. 3. Freizeit, 4. Männer und Turnereinnahmenabrechnung. Sonntag, den 17. Februar, nachmittags 8 Uhr, im Zimmer 7/8: Beitragsabend für sämtliche Mitglieder des Stadtbezirks Gräbchen mit ihren Eltern und Götern. Thema: Religion, Kirche und Staat. Referent ist ein Lehrer der weltlichen Schule. Anschließend ist Fragestellung. Die bei uns turnenden Kinder müssen Eltern und Verwandten mitsingen. Göte aus oberen Stadtbezirken sind willkommen. Eintritt ist frei. — Von 8 bis 10 Uhr ist gemeinsames Beisammensein ohne Alkohol und Tabakqualm. Wir erfordern die Abteilungsmitglieder mit Liebesvölkern recht zahlreich zu erscheinen. — Zur Vorbereitung ist ein großes, öffentliches Schaukunst am Freitagabend, und eine Abendfeier am 1. Ostersonntag, nachmittags 8 Uhr, im großen Saal des Gemeindesaals.

2. Männer- und Turnfestversammlung. Sonntag früh 8 Uhr: Abmarsch vom Sonnenplatz zur Kädel- und Schipperke nach Scheidig, Schie und Sandberg. Nur vormittags. Gäste mit Sprunggästen willkommen.

Bezirks-Berichterstattung des 1. Bezirks des Arbeiters-Turn- und Sportbundes am 9. und 10. Februar 1924 in Os. Bezirksberichterstattung Wader erreichte am 9. Februar, abends 8 : 30 Uhr die Sitzung mit dem Sturmbund der freien Turner und mit folgender Tagesordnung: 1. Berichte, 2. Neuwahl, 3. Beitrag des Tg. Knobloch über die kommenden Kommunalwahlen und Gemeindeaufbau, 4. Beamtentätigkeiten 1924, 5. Vorturner-Prüfung, 6. Kreisfussball in Dittersbach, 7. Beschiedenes. Die Berichte konnten von keinem der Bezirksfunktionäre vollständig gegeben werden, weil der große Teil der Bezirksvereine die Jahresfestschrift nicht eingelangt hatten. Dies auch in diesem Jahr auf jeden Fall besser werden. Wiedergetroffen wurde als Bezirksrämer und Jugend-Turnwart Tg. Weißer und als Frauen-Turnwart Tg. Kreuz, während die Wahl des Arbeiters-Turnworts auf Tg. Helsner-Ols. folgte. Zu Beginn des 3. Punktes erging vorerst Tg. Weißer zu einer längeren Aussprache über „Neue Idee“, kurz „Arbeiter- und Bürgerliche Sportvereine“ das Wort. Diese Ausführungen gipfelten darin, dass nur der Arbeiters-Turnbund das Recht für sich in Anspruch nehmen darf, die arbeitende Bevölkerung in seinen Reihen zu vereinigen, und mit diesen Lebessübungen zu bedienen zur Erhaltung der Volksgesundheit. Unschlüssig hieran sprach Tg. Knobloch über Hallenbau und die kommenden Kommunalwahlen. Da leider schwierig ist, doch leicht Abgrenzung von Arbeiters-Vereinen in Stadt und Land zum größten Teil der benötigten Forderungen der Arbeiter-Sportler nach Schaffung von Spiel- und Sportplätzen, Benutzung von Turnhallen usw., noch verständnis- und interessensgründig gegenübersteht, ist es notwendig, dass in Zukunft auch Genossen an die führenden Stellen gelegt werden, die auch in dieser Beziehung unter Interessen vertreten. In Oschatz ist es der Freien Turnerschaft möglich geworden, den Bau einer eigenen Turnhalle im Angriff zu nehmen, die bereits im Juni d. J. fertiggestellt sein soll. Beide Referate wurden mit Beifall aufgenommen. In der anschließenden Diskussion stieg Tg. Weißer-Ols. hoch, doch Arbeiters-Zeitung von bürgerlichen Vereinen aufzuhören, in welchen diese Mitglieder werden und zum Nutzen ihrer Versammlungen aufzutreten. Die Regelung des in diesem Jahr stattfindenden Jugendtreffens sowie die Bezirks-Vorturnerprüfung wurde dem Bezirksrat übertragen. Anstelle eines Bezirks-Turnfestes entschloss sich die Vorturner-Vergnügung gegen 2 Stimmen zu dem 1. St. ausgesetzten Stadteweltkampf. Dieser findet nunmehr bestimmt im Fall in Oschatz und zwar aus Männerturnen und Turnerinnen. Die Wahlen hierzu werden demnächst von der Bezirksleitung herausgegeben. Eine von Tg. Knobloch-Oschatz auf Grund seiner Referats am Schluss der Versammlung eingebrachte Entschließung folgenden Inhalts fand einstimmig Annahme: „Die Vorturnfesttag des 1. Bezirks am 9. Februar 1924 in Oschatz der Bezirksleitung ist aufgelöst.“

Die Abstimmung des in diesem Jahr stattfindenden Jugendtreffens sowie die Bezirks-Vorturnerprüfung wurde dem Bezirksrat übertragen. Anstelle eines Bezirks-Turnfestes entschloss sich die Vorturner-Vergnügung gegen 2 Stimmen zu dem 1. St. ausgesetzten Stadteweltkampf. Dieser findet nunmehr bestimmt im Fall in Oschatz und zwar aus Männerturnen und Turnerinnen. Die Wahlen hierzu werden demnächst von der Bezirksleitung herausgegeben. Eine von Tg. Knobloch-Oschatz auf Grund seiner Referats am Schluss der Versammlung eingebrachte Entschließung folgenden Inhalts fand einstimmig Annahme: „Die Vorturnfesttag des 1. Bezirks am 9. Februar 1924 in Oschatz der Bezirksleitung ist aufgelöst.“ Die Abstimmung des in diesem Jahr stattfindenden Jugendtreffens sowie die Bezirks-Vorturnerprüfung wurde dem Bezirksrat übertragen. Anstelle eines Bezirks-Turnfestes entschloss sich die Vorturner-Vergnügung gegen 2 Stimmen zu dem 1. St. ausgesetzten Stadteweltkampf. Dieser findet nunmehr bestimmt im Fall in Oschatz und zwar aus Männerturnen und Turnerinnen. Die Wahlen hierzu werden demnächst von der Bezirksleitung herausgegeben. Eine von Tg. Knobloch-Oschatz auf Grund seiner Referats am Schluss der Versammlung eingebrachte Entschließung folgenden Inhalts fand einstimmig Annahme: „Die Vorturnfesttag des 1. Bezirks am 9. Februar 1924 in Oschatz der Bezirksleitung ist aufgelöst.“ Die Abstimmung des in diesem Jahr stattfindenden Jugendtreffens sowie die Bezirks-Vorturnerprüfung wurde dem Bezirksrat übertragen. Anstelle eines Bezirks-Turnfestes entschloss sich die Vorturner-Vergnügung gegen 2 Stimmen zu dem 1. St. ausgesetzten Stadteweltkampf. Dieser findet nunmehr bestimmt im Fall in Oschatz und zwar aus Männerturnen und Turnerinnen. Die Wahlen hierzu werden demnächst von der Bezirksleitung herausgegeben. Eine von Tg. Knobloch-Oschatz auf Grund seiner Referats am Schluss der Versammlung eingebrachte Entschließung folgenden Inhalts fand einstimmig Annahme: „Die Vorturnfesttag des 1. Bezirks am 9. Februar 1924 in Oschatz der Bezirksleitung ist aufgelöst.“ Die Abstimmung des in diesem Jahr stattfindenden Jugendtreffens sowie die Bezirks-Vorturnerprüfung wurde dem Bezirksrat übertragen. Anstelle eines Bezirks-Turnfestes entschloss sich die Vorturner-Vergnügung gegen 2 Stimmen zu dem 1. St. ausgesetzten Stadteweltkampf. Dieser findet nunmehr bestimmt im Fall in Oschatz und zwar aus Männerturnen und Turnerinnen. Die Wahlen hierzu werden demnächst von der Bezirksleitung herausgegeben. Eine von Tg. Knobloch-Oschatz auf Grund seiner Referats am Schluss der Versammlung eingebrachte Entschließung folgenden Inhalts fand einstimmig Annahme: „Die Vorturnfesttag des 1. Bezirks am 9. Februar 1924 in Oschatz der Bezirksleitung ist aufgelöst.“ Die Abstimmung des in diesem Jahr stattfindenden Jugendtreffens sowie die Bezirks-Vorturnerprüfung wurde dem Bezirksrat übertragen. Anstelle eines Bezirks-Turnfestes entschloss sich die Vorturner-Vergnügung gegen 2 Stimmen zu dem 1. St. ausgesetzten Stadteweltkampf. Dieser findet nunmehr bestimmt im Fall in Oschatz und zwar aus Männerturnen und Turnerinnen. Die Wahlen hierzu werden demnächst von der Bezirksleitung herausgegeben. Eine von Tg. Knobloch-Oschatz auf Grund seiner Referats am Schluss der Versammlung eingebrachte Entschließung folgenden Inhalts fand einstimmig Annahme: „Die Vorturnfesttag des 1. Bezirks am 9. Februar 1924 in Oschatz der Bezirksleitung ist aufgelöst.“ Die Abstimmung des in diesem Jahr stattfindenden Jugendtreffens sowie die Bezirks-Vorturnerprüfung wurde dem Bezirksrat übertragen. Anstelle eines Bezirks-Turnfestes entschloss sich die Vorturner-Vergnügung gegen 2 Stimmen zu dem 1. St. ausgesetzten Stadteweltkampf. Dieser findet nunmehr bestimmt im Fall in Oschatz und zwar aus Männerturnen und Turnerinnen. Die Wahlen hierzu werden demnächst von der Bezirksleitung herausgegeben. Eine von Tg. Knobloch-Oschatz auf Grund seiner Referats am Schluss der Versammlung eingebrachte Entschließung folgenden Inhalts fand einstimmig Annahme: „Die Vorturnfesttag des 1. Bezirks am 9. Februar 1924 in Oschatz der Bezirksleitung ist aufgelöst.“ Die Abstimmung des in diesem Jahr stattfindenden Jugendtreffens sowie die Bezirks-Vorturnerprüfung wurde dem Bezirksrat übertragen. Anstelle eines Bezirks-Turnfestes entschloss sich die Vorturner-Vergnügung gegen 2 Stimmen zu dem 1. St. ausgesetzten Stadteweltkampf. Dieser findet nunmehr bestimmt im Fall in Oschatz und zwar aus Männerturnen und Turnerinnen. Die Wahlen hierzu werden demnächst von der Bezirksleitung herausgegeben. Eine von Tg. Knobloch-Oschatz auf Grund seiner Referats am Schluss der Versammlung eingebrachte Entschließung folgenden Inhalts fand einstimmig Annahme: „Die Vorturnfesttag des 1. Bezirks am 9. Februar 1924 in Oschatz der Bezirksleitung ist aufgelöst.“ Die Abstimmung des in diesem Jahr stattfindenden Jugendtreffens sowie die Bezirks-Vorturnerprüfung wurde dem Bezirksrat übertragen. Anstelle eines Bezirks-Turnfestes entschloss sich die Vorturner-Vergnügung gegen 2 Stimmen zu dem 1. St. ausgesetzten Stadteweltkampf. Dieser findet nunmehr bestimmt im Fall in Oschatz und zwar aus Männerturnen und Turnerinnen. Die Wahlen hierzu werden demnächst von der Bezirksleitung herausgegeben. Eine von Tg. Knobloch-Oschatz auf Grund seiner Referats am Schluss der Versammlung eingebrachte Entschließung folgenden Inhalts fand einstimmig Annahme: „Die Vorturnfesttag des 1. Bezirks am 9. Februar 1924 in Oschatz der Bezirksleitung ist aufgelöst.“ Die Abstimmung des in diesem Jahr stattfindenden Jugendtreffens sowie die Bezirks-Vorturnerprüfung wurde dem Bezirksrat übertragen. Anstelle eines Bezirks-Turnfestes entschloss sich die Vorturner-Vergnügung gegen 2 Stimmen zu dem 1. St. ausgesetzten Stadteweltkampf. Dieser findet nunmehr bestimmt im Fall in Oschatz und zwar aus Männerturnen und Turnerinnen. Die Wahlen hierzu werden demnächst von der Bezirksleitung herausgegeben. Eine von Tg. Knobloch-Oschatz auf Grund seiner Referats am Schluss der Versammlung eingebrachte Entschließung folgenden Inhalts fand einstimmig Annahme: „Die Vorturnfesttag des 1. Bezirks am 9. Februar 1924 in Oschatz der Bezirksleitung ist aufgelöst.“ Die Abstimmung des in diesem Jahr stattfindenden Jugendtreffens sowie die Bezirks-Vorturnerprüfung wurde dem Bezirksrat übertragen. Anstelle eines Bezirks-Turnfestes entschloss sich die Vorturner-Vergnügung gegen 2 Stimmen zu dem 1. St. ausgesetzten Stadteweltkampf. Dieser findet nunmehr bestimmt im Fall in Oschatz und zwar aus Männerturnen und Turnerinnen. Die Wahlen hierzu werden demnächst von der Bezirksleitung herausgegeben. Eine von Tg. Knobloch-Oschatz auf Grund seiner Referats am Schluss der Versammlung eingebrachte Entschließung folgenden Inhalts fand einstimmig Annahme: „Die Vorturnfesttag des 1. Bezirks am 9. Februar 1924 in Oschatz der Bezirksleitung ist aufgelöst.“ Die Abstimmung des in diesem Jahr stattfindenden Jugendtreffens sowie die Bezirks-Vorturnerprüfung wurde dem Bezirksrat übertragen. Anstelle eines Bezirks-Turnfestes entschloss sich die Vorturner-Vergnügung gegen 2 Stimmen zu dem 1. St. ausgesetzten Stadteweltkampf. Dieser findet nunmehr bestimmt im Fall in Oschatz und zwar aus Männerturnen und Turnerinnen. Die Wahlen hierzu werden demnächst von der Bezirksleitung herausgegeben. Eine von Tg. Knobloch-Oschatz auf Grund seiner Referats am Schluss der Versammlung eingebrachte Entschließung folgenden Inhalts fand einstimmig Annahme: „Die Vorturnfesttag des 1. Bezirks am 9. Februar 1924 in Oschatz der Bezirksleitung ist aufgelöst.“ Die Abstimmung des in diesem Jahr stattfindenden Jugendtreffens sowie die Bezirks-Vorturnerprüfung wurde dem Bezirksrat übertragen. Anstelle eines Bezirks-Turnfestes entschloss sich die Vorturner-Vergnügung gegen 2 Stimmen zu dem 1. St. ausgesetzten Stadteweltkampf. Dieser findet nunmehr bestimmt im Fall in Oschatz und zwar aus Männerturnen und Turnerinnen. Die Wahlen hierzu werden demnächst von der Bezirksleitung herausgegeben. Eine von Tg. Knobloch-Oschatz auf Grund seiner Referats am Schluss der Versammlung eingebrachte Entschließung folgenden Inhalts fand einstimmig Annahme: „Die Vorturnfesttag des 1. Bezirks am 9. Februar 1924 in Oschatz der Bezirksleitung ist aufgelöst.“ Die Abstimmung des in diesem Jahr stattfindenden Jugendtreffens sowie die Bezirks-Vorturnerprüfung wurde dem Bezirksrat übertragen. Anstelle eines Bezirks-Turnfestes entschloss sich die Vorturner-Vergnügung gegen 2 Stimmen zu dem 1. St. ausgesetzten Stadteweltkampf. Dieser findet nunmehr bestimmt im Fall in Oschatz und zwar aus Männerturnen und Turnerinnen. Die Wahlen hierzu werden demnächst von der Bezirksleitung herausgegeben. Eine von Tg. Knobloch-Oschatz auf Grund seiner Referats am Schluss der Versammlung eingebrachte Entschließung folgenden Inhalts fand einstimmig Annahme: „Die Vorturnfesttag des 1. Bezirks am 9. Februar 1924 in Oschatz der Bezirksleitung ist aufgelöst.“ Die Abstimmung des in diesem Jahr stattfindenden Jugendtreffens sowie die Bezirks-Vorturnerprüfung wurde dem Bezirksrat übertragen. Anstelle eines Bezirks-Turnfestes entschloss sich die Vorturner-Vergnügung gegen 2 Stimmen zu dem 1. St. ausgesetzten Stadteweltkampf. Dieser findet nunmehr bestimmt im Fall in Oschatz und zwar aus Männerturnen und Turnerinnen. Die Wahlen hierzu werden demnächst von der Bezirksleitung herausgegeben. Eine von Tg. Knobloch-Oschatz auf Grund seiner Referats am Schluss der Versammlung eingebrachte Entschließung folgenden Inhalts fand einstimmig Annahme: „Die Vorturnfesttag des 1. Bezirks am 9. Februar 1924 in Oschatz der Bezirksleitung ist aufgelöst.“ Die Abstimmung des in diesem Jahr stattfindenden Jugendtreffens sowie die Bezirks-Vorturnerprüfung wurde dem Bezirksrat übertragen. Anstelle eines Bezirks-Turnfestes entschloss sich die Vorturner-Vergnügung gegen 2 Stimmen zu dem 1. St. ausgesetzten Stadteweltkampf. Dieser findet nunmehr bestimmt im Fall in Oschatz und zwar aus Männerturnen und Turnerinnen. Die Wahlen hierzu werden demnächst von der Bezirksleitung herausgegeben. Eine von Tg. Knobloch-Oschatz auf Grund seiner Referats am Schluss der Versammlung eingebrachte Entschließung folgenden Inhalts fand einstimmig Annahme: „Die Vorturnfesttag des 1. Bezirks am 9. Februar 1924 in Oschatz der Bezirksleitung ist aufgelöst.“ Die Abstimmung des in diesem Jahr stattfindenden Jugendtreffens sowie die Bezirks-Vorturnerprüfung wurde dem Bezirksrat übertragen. Anstelle eines Bezirks-Turnfestes entschloss sich die Vorturner-Vergnügung gegen 2 Stimmen zu dem 1. St. ausgesetzten Stadteweltkampf. Dieser findet nunmehr bestimmt im Fall in Oschatz und zwar aus Männerturnen und Turnerinnen. Die Wahlen hierzu werden demnächst von der Bezirksleitung herausgegeben. Eine von Tg. Knobloch-Oschatz auf Grund seiner Referats am Schluss der Versammlung eingebrachte Entschließung folgenden Inhalts fand einstimmig Annahme: „Die Vorturnfesttag des 1. Bezirks am 9. Februar 1924 in Oschatz der Bezirksleitung ist aufgelöst.“ Die Abstimmung des in diesem Jahr stattfindenden Jugendtreffens sowie die Bezirks-Vorturnerprüfung wurde dem Bezirksrat übertragen. Anstelle eines Bezirks-Turnfestes entschloss sich die Vorturner-Vergnügung gegen 2 Stimmen zu dem 1. St. ausgesetzten Stadteweltkampf. Dieser findet nunmehr bestimmt im Fall in Oschatz und zwar aus Männerturnen und Turnerinnen. Die Wahlen hierzu werden demnächst von der Bezirksleitung herausgegeben. Eine von Tg. Knobloch-Oschatz auf Grund seiner Referats am Schluss der Versammlung eingebrachte Entschließung folgenden Inhalts fand einstimmig Annahme: „Die Vorturnfesttag des 1. Bezirks am 9. Februar 1924 in Oschatz der Bezirksleitung ist aufgelöst.“ Die Abstimmung des in diesem Jahr stattfindenden Jugendtreffens sowie die Bezirks-Vorturnerprüfung wurde dem Bezirksrat übertragen. Anstelle eines Bezirks-Turnfestes entschloss sich die Vorturner-Vergnügung gegen 2 Stimmen zu dem 1. St. ausgesetzten

Stadttheater.
Freitag abend 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Die letzte Maske.
Durch: Schauspiel Geheimnis.
Sonntags abend 8 Uhr:
Salomé.
Sonntag abend 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Carmen.

Bobetheater.
Montag: Paul Barnay,
Tel.: R. 6774 und R. 6700.
Freitag abend 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
König Lear.
Sonntagsabend Sonntag 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Gastspiel Eugen Klopsor:
Der Meister.

Thalia-Theater
1791 Ring 6700
Sexta 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Jedermann.
Sonntagsabend 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Der Sprung in die Ehe.
Sonntag vorm. 11 $\frac{1}{2}$ Uhr
Würgenfeier
der Dresdner Soffelbühne:
Einführung in Molières
Der eingebildete Franke.
Sonntag nachm. 3 $\frac{1}{2}$ Uhr
Lumpazi vagabundus
zu ermäßigten Preisen.

Schauspielhaus.
Operettentheater, Tel. Ring 2545
Sexta und täglich 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Mädi.
Sonntag nachmittag 3 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Der fidele Bauer.
Montag abend 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Jum 25. Februar:
Mädi.

Liebich-Theater
Täglich 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Tat
der dänische Illusionist.
Jainczik-Duo
Tänzer auf dem Eis.
Carl Bernhard
Humorist, 1727
und 19 Attractionen.

Dominikaner!!
Täglich 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Neu! **Dor-Mädchenländer**
Neu! **Die Tugendfalls**
Gastspiel Fred Gregor
Vollstümlicher Eintritt!

„Lachen links!“

Das Witzblatt der Republik
Heft 25 Pfennige.

Zu bezahlen durch die Buchhandlung Volkswacht
und die Zeitungsträgerinnen.

+ Kleine Familie +
entspricht der Not der Zeit. Arealische Ratschläge hierüber
kostenlos vom
Sanitas-Depot, Charlottenburg 5, Fach 9.

Schießwerder.

Sonntag, den 17. Februar 1924:

Eine Nacht im Orient.

Große Masken-Revue der humorist. Musik-Gesellschaft „Blume“
(gegründet 1871).

In dem eigens prachtvoll dekorierten Festsaal gegen 9 Uhr:
der glanzvolle Masken-Festzug,
bei feenhafter Illumination des Saales.

Alle Freunde und Bekannte laden ergebenst ein
Anfang 4 Uhr. Der Vorstand.

oooooooooooo:oooooooooooo

EDEN
Theater Theater
Nikolaistraße 27.

2 Erstaufführungen!

Wenn New York schläft



Wachsen die dunklen Mächte.

Das nächtliche New York, dieses Meer von Luxus, Ausschweifung, Elend u. Verbredien, steigt vor uns herauf und lässt uns erschauern.

6 Akte.

Dodo als Fremdenführer.

Groteske in 2 Akten.

„Tränen lachen“ heißt die Parole.

Täglich 4 $\frac{1}{2}$ Uhr, Sonntags 3 Uhr

Schauspielhaus
Junkersstraße 38

Uraufführung!

Das menschliche Dokument

Der stärkste Film der Welt in 6 Akten.

Unter allen Sensationsfilmen, die zurzeit in deutschen Lichtbildtheatern vorgeführt werden, nimmt dieser eine allererste Stelle ein, da die Hauptausführerin aller waghalsigen Sensationen ein kleines Mädchen ist, dessen Mut und Uner schrockenheit, dessen Tollkühnheit und Todesscheitigung selbst die lobhaften Leistungen der größten Filmdarsteller der Welt, wie

Eddie Polo, Harry Piel, Marco L. L.

gleit in den Schatten stellt. Niemals zuvor ist auch nur etwas Ähnliches in Deutschland gezeigt worden!

Ferner: Ein fabelhaftes Beiprogramm!

1880

STOFF u. ROD.
H. Mohaupt
Karlsstraße 1, L. Tel. R. 1001
Hilfstrasse.

Jackie Coogan



in:



in:

Ellen Richter

Jackie Coogan

**Dertapfere
kleine Held**

Erlebnisse eines Waisenkindes.

Der enorme Erfolg dieses grandiosen Filmes veranlaßt uns, ihn in einer

zweiten Woche

jedermann — auch Jugendlichen — mit dem lustigen Beiprogramm

Pat und Patachon
in
Was die Wellen plaudern
zugänglich zu machen.

Beginn: Sonntags 3 Uhr
Wochentags 4 Uhr

Die besten

Jupiter
Familie
Fürstenstraße 32

Der Svenska-Großtheater:

Die zweite Heimat

Ferner: Die hochaktuelle Frage:

**Ist Liebe
zu dir Sünde?**

behandelt unser modernes

Gesellschaftsdrama:

Der Traum im Walde.

1861 Außerdem:

„Er“ in Venedig

Ein Spiel mit Harold Lloyd.

Das glänzend kritisierte Drama:

Die Fechter von Ravenna

Ein packendes Bild aus dem Zirkus- und Varietéleben in 6 sensationellen Akten.

Im Beiprogramm:

Die Namenlose

Ein hervorragendes Sittenbild in 5 Akten.

Programme

OK
Odeon Kino
Taschenstr. 20

Der moderne Gesellschaftsfilm:

Ravalier

oder:

**Gauver aus den
oberen Zehntausend.**

Außerdem:

Scheck auf Tod

Ein spannendes Sensations-
drama in 5 Akten.

Sozialistische Monatshefte

Redigiert von 3 o. 31. 31. 31.

monatlich 50 Pf.

wieztjährlich 1.50

Bestellungen bei allen Zei-

tungsgesellschaften u. der Kalk-

o- und Kalk-